

Rachel Folz, M.A./ Simon Musekamp, M.A./ Dr. des. Siegfried Schieder
Universität Trier

SOLIDARITÄT DURCH INKLUSION UND EXKLUSION: FRANKREICH,
DEUTSCHLAND UND SCHWEDEN IN DER EU-AKP-
ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFT

Beitrag für die Tagung
"Solidarität und Gemeinschaftsbildung in den Internationalen Beziehungen"
in Trier
25.-27. September 2007

Universität Trier

Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und Außenpolitik

SFB 600

54286 Trier

Tel.: +49(0)651/201-2151/3103

Fax: +49(0)651/201-3293

E-Mail: folz3301@uni-trier.de, muse3201@uni-trier.de, sschied@uni-trier.de



1. Einleitung

Den Beziehungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu den Staaten Afrikas, der Karibik und der Pazifik (AKP-Staaten) wird in der politischen und wissenschaftlichen Debatte häufig der Status einer privilegierten Sonderbeziehung zugeschrieben. Bereits in den Römischen Verträgen ist der Assoziierungsstatus für Ex-Kolonien und Überseegebiete festgelegt worden, der zur Herausbildung einer exklusiven handels- und entwicklungspolitischen EU-AKP-Partnerschaft geführt hat. Mit den vier Verträgen von Lomé (1975-2000) und dem Folgeabkommen von Cotonou (2000-2020) ist diese privilegierte europäische Südpolitik auf inzwischen 78 AKP-Staaten ausgeweitet und politisch vertieft worden. Die mittels eines Globalabkommens an die EU gebundenen AKP-Staaten genießen einen bevorzugten Zugang zum europäischen Binnenmarkt ohne Reziprozitätsbedingungen. Zudem erhalten sie aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) umfangreiche Hilfen mit einem hohen Schenkungsanteil. Trotz dieser bevorzugten europäischen Hilfspolitik durch die EU sind die AKP-Staaten gegenüber anderen Entwicklungsländern in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zurück geblieben (Weltbank 2000). Kritiker der europäischen AKP-Politik plädieren deshalb auch dafür, die AKP als Gruppe aufzulösen und die bisherige Entwicklungspartnerschaft auf eine neue Grundlage zu stellen.

Es sind vor allem drei Gründe, welche eine Beschäftigung mit den Sonderbeziehungen der EU gegenüber den AKP-Staaten aus einer theoretischen Perspektive lohnend erscheinen lässt: Zunächst haben wir es mit asymmetrischen Beziehungen des Gebens und Nehmens zu tun. So verfügen die AKP-Staaten nicht über hinreichende Macht, um den Fortbestand der privilegierten Partnerschaft mit Europa einseitig zu garantieren (Bretherton/Vogler 2006: 115-24). Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen der EU und den AKP-Staaten ist nach wie vor groß. In den 1990er Jahren wurden durchschnittlich rund 51 Prozent der EU-Hilfen für den AKP-Raum einschließlich Südafrikas aufgewendet (EU-Kommission 2000: 40). Hinzu kommt die unterschiedliche Prioritätensetzung einzelner EU-Mitgliedsstaaten in der Sonderpartnerschaft selbst. Während Frankreich in den 1990er Jahren trotz der neuen internationalen Rahmenbedingungen an der bevorzugten Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika festhielt und sogar für eine Aufstockung des EEF plädierte, sprachen sich z.B. Deutschland oder Schweden für die Überwindung der exklusiven Partnerschaft mit den AKP-Staaten aus. Schließlich ist die EU-Südpolitik auch deshalb aufschlussreich, da die Aushandlungen des Folgeabkommens zu den Lomé-Verträgen zeitlich mit wichtigen Weichenstellungen in der EU-Osterweiterung zusammenfiel.¹ Im Zuge der EU-Osterweiterung stellten sich für die EU neue verteilungspolitische Aufgaben und die AKP-Staaten gerieten zunehmend in einen Wettbewerb um

¹ Das im Jahre 1990 auf zehn Jahre geschlossene Lomé IV-Abkommen lief am 29. Februar 2000 aus.

Aufmerksamkeit und Ressourcen mit den Beitrittsaspiranten im Osten (Olsen 2005: 592-597).

In diesem Beitrag untersuchen wir die Sonderbeziehungen der EU zu den AKP-Staaten aus der Perspektive Frankreichs, Deutschlands und Schwedens, indem wir nach den AKP-Präferenzen dieser Mitgliedstaaten beim Zustandekommen des Vertragswerks von Cotonou fragen. Von dieser Länderauswahl versprechen wir uns eine hohe Varianz, da sie kleine und große Staaten sowie Länder mit kolonialer Vergangenheit berücksichtigt. Darüber hinaus haben die ausgewählten Staaten auch eine unterschiedlich lange Tradition als EU-Mitglieder. In unserem Papier vertreten wir zwei miteinander verbundene Argumente. Wir argumentieren *erstens*, dass die Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber den AKP-Ländern ohne die besondere Form der solidarischen Verbundenheit und gegenseitigen Verpflichtung nicht verständlich gemacht werden kann. Damit behaupten wir explizit nicht, dass Sicherheitsüberlegungen und materielle Anreizstrukturen in der AKP-Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten keine Rolle spielten. Eine Reihe von Entscheidungen in den Verhandlungen über das entwicklungspolitische Vertragswerk ließen sich nur unschwer auf rationale Eigeninteressen der beteiligten Akteure zurückführen. Wohl aber verteidigen wir das Argument, dass der grundsätzliche Fortbestand der EU-AKP-Partnerschaft durch die Logik eigennütziger Hilfe oder aber strategischen Schenkens alleine nicht hinreichend erklärt werden kann. *Zweitens* argumentieren wir, dass die unterschiedlichen Prioritätensetzungen Frankreichs, Deutschlands und Schwedens im Hinblick auf die AKP-Präferenzen nur vor dem Hintergrund der Konstruktion von spezifischen positiven wie negativen solidarischen Gemeinschaftsbeziehungen verstanden werden können. Insbesondere Frankreich konstruiert seine Beziehungen zu der AKP-Staatengruppe in hohem Maße unter Rekurs auf besondere Verantwortung, moralische Verpflichtung und Verbundenheit. Diese Art von moralischen Solidaritätskonstruktionen sind signifikant und erweisen sich in der öffentlichen politischen Debatte auch als wirksam, so dass die oftmals vorgebrachte Kritik, der normative solidarische Gehalt entwicklungspolitischer Debatten sei bloß Rhetorik, zumindest mit Blick auf die AKP-Politik wenig haltbar ist.

Die beiden Argumente führen im wesentlichen drei Literaturstränge zusammen: Die Basis bilden – *erstens* – konstruktivistische Erklärungsansätze, die inzwischen in der Literatur über die AKP-Politik vermehrt Eingang in die Forschung gefunden haben.² *Zweitens* greifen wir auf neuere Arbeiten über die Innen-Außen-Analogie zurück. Diese stehen in der Tradition der liberalen Außenpolitikanalyse, wonach Außenpolitik weniger durch objektive Zwänge der internationalen Umwelt geprägt, sondern vielmehr Ausdruck gesellschaftlich verankerter Interessen und Überzeugungen ist. Demnach leiten die Ordnungsvorstellungen – wie etwa der Umgang mit der Hilfe für sozial Schwache – auch deren Außenbeziehungen (u.a. Stokke 1989, Pratt 1989, Lumsdaine 1993,

² Zur europäischen Südpolitik allgemein etwa Brysk/Parsons/Sandholtz (2002), Grimm (2003: 24-75) und Elgström (2005).

Noël/Thérien 1995, Karagiannis 2005). *Drittens* schließlich knüpfen wir an die Debatte zwischen Rhetorik und Handeln an, indem wir die Einsicht übernehmen, dass politische Wirklichkeit immer auch durch Sprache konstruiert wird und Argumente politische Wirkung zeitigen (zur Diskussion u.a. Risse-Kappen 1995, Risse 2003, Breuning 1995, Schimmelfennig 1997 und 2006, Ecker-Erhardt 2002, Wiener 2003).

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: In Abschnitt 2 gehen wir kurz auf die gängigen theoretischen Erklärungsansätze der Internationalen Beziehungen ein, um plausibel zu machen, dass sie für die Erklärung der AKP-Präferenzen unserer ausgewählten EU-Staaten nur eingeschränkt geeignet sind. Dazu diskutieren wir zum einen die bisherige Forschungsliteratur zu den EU-AKP-Beziehungen, zum anderen führen wir aber auch die politischen und ökonomischen Kosten auf, um zu verdeutlichen, dass das politische und finanzielle Engagement von Frankreich, Deutschland und Schweden gegenüber den AKP-Raum nur unzureichend mit den „klassischen“ Interessen wie Sicherheit und materiellem Eigennutz erfasst werden kann. In Abschnitt 3 stellen wir dann als Alternative einen solidaritätssoziologischen Ansatz vor, den wir in zwei Schritten entfalten: Zunächst skizzieren wir das Solidaritätskonzept, verankern dieses in der Soziologie der Internationalen Beziehungen und leiten daraus Hypothesen ab. Diese Hypothesen werden dann in Abschnitt 4 am Beispiel der Cotonou-Präferenzen von Frankreich, Deutschland und Schweden empirisch überprüft. Die Verhandlungen selbst werden nicht Gegenstand dieses Beitrages. Der Beitrag endet mit einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse und einer kritischen Bewertung der aufgezeigten solidaritätssoziologischen Erklärungen.

2. Gängige theoretische Ansätze der IB zur Erklärung der AKP-Politik der EU

Ein Blick in die Literatur zeigt, dass es vor allem zwei theoretische Erklärungsansätze aus dem gängigen Theoriespektrum der IB gibt, die den Anspruch erheben, die Sonderbeziehungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit den AKP-Staaten zu erklären: neorealistic und liberale Ansätze.³ Gemäß realistischen Erklärungsansätzen ist Entwicklungszusammenarbeit primär ein Instrument, um „nationale Interessen“ auf der Seite der Geber zu verfolgen.⁴ Insbesondere während des Ost-West-Konfliktes wurde staatliche Entwicklungszusammenarbeit von den Supermächten im Sinne eines „strategischen Gebens“ eingesetzt, „to influence the political judgements of recipient countries in a

³ Vgl. im Überblick Schraeder/Hook/Taylor (1998) und Van der Veen (2000). Dies bedeutet allerdings nicht, dass diese beiden Ansätze die einzigen wären. Schlichte (1998) etwa greift für die Erklärung der französischen Afrikapolitik auf das Konzept des „sozialen Habitus“ zurück, während Ravenhill (1985) die AKP-Politik der EU aus der Warte des „kollektiven Klientelismus“ als eine Mischung aus psychologischen, bürokratischen, politischen und ökonomischen Faktoren zu beschreiben versucht. Fraglich ist jedoch deren Verallgemeinerungsfähigkeit hinsichtlich der Erklärung von Entwicklungs- und Hilfspolitik.

⁴ Stokke (2005: 38), auch Liska (1960), Morgenthau (1962), Hook (1995), Schrade (1997: 269ff. und 278).

bipolar struggle“ (Hattori 2001: 634). Demgegenüber gehen liberale Erklärungsversuche davon aus, dass Staaten anderen Staaten dann helfen, wenn dadurch die sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen in den Empfängerländern verbessert werden, so dass die Geberländer ihrerseits politischen und ökonomischen Nutzen (etwa durch Handel, Marktöffnung und Investitionen) daraus ziehen. In diesem Sinne haben wir es mit „eigennütziger Hilfe“ zu tun (Alesina/Dollar 2000: 33).⁵

Die Schwäche einer neorealistischen Erklärung wird evident, wirft man einen Blick auf die Geschichte der EU-AKP-Partnerschaft. Während des Kalten Krieges mag ein Teil der staatlichen Entwicklungshilfe für die AKP-Staaten noch der Gewinnung militärischer Stützpunkte im Kampf gegen den Kommunismus gedient haben. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die geostrategische Großwetterlage jedoch grundlegend verändert. Zwar sind heute neue sicherheitspolitische Herausforderungen am Werke („gescheiterte Staatlichkeit“, Migration, internationaler Terrorismus – um nun einige Schlagworte zu nennen). Eine existentielle Bedrohung für die Sicherheit der europäischen Staaten stellen diese neuen „weichen“ sicherheitspolitischen Herausforderungen allerdings nicht dar.⁶ Durch den Wegfall des Ost-West-Konfliktes wäre aus der Warte des Neorealismus eher zu erwarten gewesen, dass das politische Engagement der europäischen Staaten gegenüber den AKP-Staaten abnimmt. Die reale Entwicklung der EU-AKP-Partnerschaft sieht jedoch anders aus. So ist in den Verhandlungen Ende der 1990er Jahren über das Lomé IV-Folgeabkommen die privilegierte, aber nur begrenzt erfolgreiche EU-AKP-Partnerschaft in der Substanz nicht wirklich angetastet worden (Brüne 2000: 205, Forwood 2001: 438f.), obwohl die strategische Relevanz der AKP-Staaten für die EU-Mitgliedstaaten abgenommen und das internationale Umfeld sich nach 1989 grundlegend verändert hat (u.a. Lister 1997: 109, Brysk/Parson/Sandholtz 2002: 269, Holland 2002: 4, Olsen 2005: 587).

Damit ist allerdings noch nicht grundsätzlich ausgeschlossen, dass nicht einzelne Staaten die AKP-Politik in den Dienst sicherheits- und geopolitischer Interessen stellen. Dass Schweden und auch Deutschland gegenüber den AKP-Staaten sicherheits- und militärpolitische Interessen verfolgen, kann ausgeschlossen werden. Dies zeigt allein schon die Tatsache, dass die „Interessenlosigkeit“ Deutschlands gegenüber den Staaten in Afrika wiederholt diskutiert und kritisiert wurde (vgl. Mair 2003, Richter 2005). Anders dürfte diese im Falle Frankreich sein, dessen generelles Engagement gegenüber dem AKP-Raum gemeinhin mit den neorealistischen Kategorien wie Macht und Einfluss umschrieben wird. Allerdings hat Schlichte schon vor gut zehn Jahren überzeugend dargelegt, dass die Politik Frankreichs gegenüber den afrikanischen Staaten „eher wie ein historisches

⁵ Klassisch dazu inzwischen McKinlay/Little (1979: 236-250). Siehe u.a. auch Grilli (1994: 71ff.), Schrade (1997: 272f. und 278-280).

⁶ Dies gilt eingeschränkt für ein enges Verständnis von Sicherheit. Legt man hingegen einen breiten Sicherheitsbegriff zu Grunde (Staatszerfall, Migration, Rohstoffsicherung usw.), so kann mit guten Gründen bezweifelt werden, ob die Relevanz der AKP-Staaten seit 1990 abgenommen hat. Fraglich ist jedoch, ob ein weiter Sicherheitsbegriff mit den theoretischen Prämissen des Neorealismus in Einklang zu bringen ist, was hier verneint wird.

Nachhinken [wirkt], nicht wie eine rational gesteuerte Strategie zur Sicherung der eigenen Position im internationalen System und zur Mehrung politischer und ökonomischer Machtmittel“ (Schlichte 1998: 313).

Auch die bipolare Struktur des internationalen Systems dürfte im Fall der französischen Afrikapolitik nur eine nachgeordnete Rolle spielen. Zwar orientierte sich Frankreich bei seiner Afrikapolitik insofern am Ost-West-Gegensatz, als Paris sich sowohl gegen den sowjetischen als auch US-amerikanischen Einfluss richtete (Cumming 1995, Löhr 2003: 25ff.). Diese Politik der Einflussicherung wurde vom Westen toleriert und von Fall zu Fall auch unterstützt. Der strategische und politische Mehrwert dieser Einfluss- und Interessensphärenpolitik steht jedoch in keinem Verhältnis zu den Kosten, welche diese Politik mit sich brachte. Weder konnte bisher nachgewiesen werden, dass sich Frankreich durch seine AKP- und Afrikapolitik ein vorteilhaftes Abstimmungsverhalten in den internationalen Gremien „erkaufen“ konnte (Brüne 1995: 83), noch brachten die militärischen Interventionen im postkolonialen Afrika der Regierung in Paris Sympathie ein – im Gegenteil: Sie dürften Frankreich eher geschadet haben (Schlichte 1998: 314). Auch die These, die privilegierte Behandlung der AKP-Staaten durch Frankreich hinge mit Militärhilfen, der Stationierung von Truppen oder dem Bestehen von Verteidigungsabkommen zusammen, hält einer systematischen Analyse für die 1970er und 1990er Jahre nicht stand (Schieder/Gabriel 2007). Vielmehr lässt sich seit den 1990er Jahren ein genereller Rückgang des sicherheitspolitischen Engagements Frankreichs gegenüber dem AKP-Raum beobachten (Rynning 1999: 28f, Löhr 2003: 82-84).

Defizitär bleiben auch liberale Erklärungsangebote. Aus der Sicht des ökonomischen Liberalismus reflektiert das außenpolitische Verhalten von Staaten die Kosten-Nutzen-Interessen der dominanten ökonomischen Akteure, die durch die politischen Institutionen und den Staat vermittelt werden (Milner/Keohane 1996, weiterführend Moravcsik 1993, 1997). Je größer die gegenseitige Marktöffnung, desto höher sind die Gewinne durch grenzüberschreitenden Handel und Investitionen. Dies stärkt wiederum die Wirtschaft und entsprechend versuchen ökonomische Akteure, Einfluss auf die Gestaltung von Außen- und Entwicklungspolitik zu gewinnen. Obwohl dieses Argument grundsätzlich plausibel und tragfähig erscheint, um die Präferenzen der europäischen Staaten in bestimmten Einzelfragen zu erklären, dürfte der generelle Fortbestand der EU-AKP-Partnerschaft wohl kaum alleine der Logik des eigennütigen Gebens folgen.

Dagegen sprechen wiederum die Zahlen (Tab. 1). Hat der Anteil der AKP-Importe an den EU-Gesamtimporten 1980 noch rund 8 Prozent betragen, so ging er im Jahre 2000 auf 2,8 Prozent zurück, wobei 70 Prozent aller AKP-Ausfuhren auf 10 Produkte entfallen.⁷ Dennoch wurde die politische und finanzielle Ausstattung der Entwicklungspartnerschaft weiter ausgebaut und das Coto-

⁷ Im Jahre 2000 kam es allerdings zu einem signifikanten Anstieg des Handels, was aber auf die Einbeziehung der ökonomischen Daten Südafrikas in das AKP-Aggregat zurückzuführen ist (Allen 2002: 4).

nou-Abkommen erstmalig für einen Zeitraum von 20 Jahren abgeschlossen.

Tab. 1: Importe und Exporte der EU nach Entwicklungsregionen

	1976 Import/ Export	1980 Import/ Export	1990 Import/ Export	2000 Import/ Export
AKP	6,3/ 6,8	8,1/ 7,1	4,7/ 4,0	2,8/ 2,7
Lateinamerika	5,2 / 5,2	6,6/ 6,7	6,1/ 5,8	5,2/ 5,7
East Asian NICs/ ASEAN	4,5/ 3,8	5,3/ 4,2	8,3/ 8,1	11,8/ 13,0
Mediterranean	7,6/ 11,8	9,1/ 14,6	10/ 12,4	8,8/11,5
South Asia	1,2/ 1,3	1,0/ 1,7	1,5/ 2,0	2,3/ 2,1

Quelle: EU-Kommission 2000 und Babarinde/Faber (2004)

An der grundsätzlichen marginalen Stellung der AKP-Staaten ändert sich auch nichts, wenn wir die Import- und Exportrelationen unserer drei Untersuchungsländer weiter aufschlüsseln. Dies trifft selbst für Frankreich zu, den wichtigsten Handelspartner Afrikas nach den USA (Brysk/Parsons/Sandholtz 2002: 279). 1980 machten die Importe aus den AKP-Staaten 11,1 Prozent des gesamten französischen Handels aus, bis ins Jahre 2000 nahm der Anteil kontinuierlich auf 5,5 Prozent ab. Die Exporte gingen von 13,7 Prozent (1980) auf 6,9 Prozent (2000) zurück (EU-Kommission 2003: 133). Schlichte (1998: 314) kommt in seiner ausführlichen Analyse zum Ergebnis, dass sich „aus den wirtschaftlichen Verbindungen Frankreichs zu den postkolonialen frankophonen Staaten Schwarzafrikas kein plausibles Argument für die Kontinuität der *relations privilégiées* [ergibt], weil die addierten Kosten aus dem Erhalt des Währungsverbunds (...) und den Leistungen der Entwicklungshilfe in keinem Verhältnis zu den gewonnenen wirtschaftlichen Vorteilen stehen“ [H.i.O.]. Noch geringer ist der deutsche Anteil am AKP-Handel: 1980 machte der Anteil der AKP-Importe 7,2 Prozent aus, im Jahre 2000 nur mehr 2,3 Prozent. Die Ausfuhren in den AKP-Raum sanken im gleichen Zeitraum von 4,6 auf 2,6 Prozent (EU-Kommission 2003: 121). Südafrika und Nigeria sind die einzigen Staaten, in denen Deutschland nennenswerte direkte ökonomische Interessen besitzt (Mair 2002: 11). Nicht anders stellt sich die Situation im Falle Schwedens dar. Seit es 1995 EU-Mitglied geworden ist, liegt der Anteil am Export in den AKP-Raum bei etwa 1,7 Prozent, während die Einfuhren von 5,9 (1980) auf 0,9 Prozent (2000) gesunken sind.

Während die Internationalisierung des Welthandels und der EU voranschritt, haben sich europäische Firmen und Industrien aus Afrika zurückgezogen und ihre Investitionen in profitträchtigere Regionen verlagert. „Since 1990, the 'preferred' partners in Africa (...) have become rather marginalized in EU trade relations, while North America and Asia have remained and gained importance respectively“, so Babarinde/Faber (2004: 29-30). Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die EU inzwischen eine Reihe von präferentiellen Handelsbeziehungen mit Nicht-AKP-Staaten abgeschlossen hat (i.e. Mittelmeerraum, Lateinamerika, Asien usw.) und damit das ökonomische

Interesse der EU an den AKP-Staaten nachgelassen hat (Stevens 2000: 223-24, Bretherton/Vogler 2006: 125), so bleibt aus Sicht des ökonomischen Liberalismus der grundsätzliche Fortbestand der privilegierten Entwicklungspartnerschaft mit den AKP-Staaten ein Rätsel (Grilli 1994: 345).

3. Solidarität als ein Erklärungsfaktor internationaler Politik

Auch wenn in diesem Beitrag keine systematische realistische und liberale Analyse geleistet werden kann und soll, so hat die bisherige Forschung deutlich gemacht, dass die besondere Partnerschaft der EU mit den AKP-Staaten weder alleine der Logik eigennütziger Hilfe noch der des strategischen Schenkens gehorcht. Insbesondere haben liberale und neorealistic Ansätze Probleme, den grundsätzlich Fortbestand der EU-AKP-Beziehungen zu erklären. Die verschiedenen Hinweise, in denen die historischen, kulturellen und sozialen Besonderheiten dieser Entwicklungspartnerschaft hervorgehoben werden (vgl. Ravenhill 1995, Schlichte 1998), können als deutliches Indiz dafür interpretiert werden.

Um dem besonderen Charakter europäischer Südpolitik Rechnung zu tragen, wird hier ein solidaritätssoziologischer Ansatz entworfen, der vor allem die solidarmoralische Dimension der europäischen Entwicklungspartnerschaft mit den AKP-Staaten in den Blick stellt. Zwar wurde in Folge der „konstruktivistischen Wende“ (Jeffrey T. Checkel) in den IB gezeigt, dass neben materiellen Faktoren auch Normen, kollektive Identitäten und Ideen einen wichtigen Beitrag zur Erklärung internationaler politischer Phänomene leisten. Allerdings ist diese Forschung bislang in zweierlei Hinsicht defizitär geblieben: Zum einen ist der am weitesten verbreitete „systemische“ Sozialkonstruktivismus von Alexander Wendt für die konkrete Analyse von außenpolitischen Entscheidungen nur begrenzt von Nutzen (Wendt 1999, auch Guzzini/Leander 2006). Indem Wendt – zwar konstruktivistisch gewendet – Staaten nach wie vor als einheitliche Akteure ansieht und kollektive nationale Identitäten als gegeben annimmt, blendet er gesellschaftliche Faktoren als Bedingungsfaktoren von Außenpolitik systematisch aus (Reus-Smit 1999: 166). Zum anderen wurden in den letzten Jahren zwar soziale Normen für die Erklärung von außenpolitischen Entscheidungen herangezogen. Die außenpolitische Bedeutung normativer Überzeugungen wie Gerechtigkeit (u.a. Shue 1996, Nussbaum/Sen 1993, Steffek 2004), Moral (Riddell 1987, Hasenclever 2001, Smith/Light 2001, Hattori 2001 und 2003, Mayer 2003) oder gar Solidarität (Jileva 2004, Bergmann 2007) ist bisher nur vereinzelt erforscht worden.

3.1. Was ist unter Solidarität zu verstehen?

Solidarität ist ein schillernder Begriff, der in der Literatur nicht nur sehr unterschiedlich definiert, sondern auch in unterschiedlichen Zusammenhängen und Disziplinen verwendet wird. Insofern verwundert es nicht, wenn sich eine einheitliche Begriffsverwendung erst allmählich herauschält (vgl. Bayertz 1998, Komter 2005). Konsens besteht darin, dass Solidarität ein Handlungsmuster ist, das durch ein Gefühl der Zusammengehörigkeit motiviert ist, welches sich auf eine spezifische Gemeinsamkeit bezieht. Diese Gemeinsamkeit kann durch Gesinnung, Herkunft oder auch durch Interessen erzeugt werden, weshalb einige Autoren der „Solidarität unter Freunden“, die auf partikuläre Bindungen beruht, eine „Solidarität unter Fremden“ gegenüberstellen, die sich an universalistische Moral- und Gerechtigkeitsprinzipien orientiert (Brunkhorst 1997, 2002). Auf ähnliche Weise hat Nullmeier (2003) zwischen Solidarität im Modus der Moral und des Interesses unterschieden.⁸

Obwohl Solidarität als Begriff vor allem in der Soziologie und Ethik zu Hause ist und entsprechend normativ aufgeladen ist, interessiert uns hier vor allem der deskriptive Kern von Solidarität. In Anlehnung an die Soziologie der Reziprozität definieren wir Solidarität als eine gegenseitige Erfüllung von Rechten und Pflichten aufgrund eines Gemeinschaftsgefühls (Schieder 2005: 3-12, 25-30, grundlegend Mauss 1990 [1923/24] und Sahlins 1972, ferner Komter 2005, Adloff/Mau 2005, Stjernø 2005). Reziproke Solidarität ist zugleich freiwillig und verpflichtend: Freiwillig deshalb, weil sie nicht erzwungen oder eingefordert werden kann, verpflichtend, weil die Verletzung der Norm der Reziprozität Sanktionen nach sich ziehen kann. Folglich ist solidarisches Handeln nicht immer notwendigerweise Ausdruck nobler Gesinnung, sondern Solidaritätsbezüge können auf den gegenteiligen Effekt haben, indem sie zur Aufrechterhaltung von Dominanzbeziehungen und „moralischer Hierarchie“ beitragen (Hattori 2003: 246; vgl. auch Komter 2005).

Solidarität ist keine universalistische Norm, was nicht bedeuten muss, dass sich die Reichweite von Solidarität im Zuge von Globalisierung nicht auch ausdehnt (Radtke 2007). Verpflichtungen zu solidarischem Handeln entstehen jedoch aufgrund der partikulären Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Darin unterscheidet sich das Konzept von Solidarität von universellen Gerechtigkeitsnormen und allgemeinen Normen der altruistischen Hilfeleistung und dem Grenzfall der Barmherzigkeit (z.B. Caritas).⁹ Andererseits unterscheidet sich solidarisches Handeln auch durch die Art der Moti-

⁸ Es gibt Studien, die zu zeigen versuchen, dass Solidarität auch interessengeleitet erklärt werden kann (u.a. Hechter 1987). Solidarität ist dann nichts anderes als eine Versicherung auf Gegenseitigkeit. Solidarität im Modus von Moral unterliegt hingegen nicht dem Marktprinzip einer Kosten-Nutzen-Abwägung, sondern sie hat eine originär gemeinschaftliche Reichweite. Kurzum, die Frage der Solidarität bezieht sich nicht auf axiomatische Grundwerte, sondern auf eine moralische Norm im Sinne eines de-ontologischen Prinzips.

⁹ Solidarität unterscheidet sich von Moral aufgrund des partikulären Gemeinschaftscharakters, indem durch besondere Formen von Verbundenheit und wechselseitiger Verpflichtung Individuen, gesellschaftliche Gruppen oder Staaten

vation von interessengeleiteter Kooperation (Kaufmann 2002: 44-49, vgl. auch Caillé 1994). Die wichtigsten Merkmale eines Solidaritätszusammenhangs sind: die Gegenseitigkeit von Hilfe, das Vorhandensein einer spezifischen Legitimität der jeweiligen Gemeinschaft und ihrer spezifischen Ziele sowie eine spezifische Sichtweise der solidarisch Verbundenen auf den Solidaritätszusammenhang, die diesen nicht als objektiv gegeben ansehen, sondern ihn explizit wahrnehmen und für bedeutsam halten (Bayertz 1998: 12, Mau 2005: 247).

3.2. Prämissen und Hypothesen

Ausgehend von der solidaritätstheoretischen Grundannahme, dass wechselseitige Verpflichtung und Verantwortung zu gewährender Hilfeleistungen in nationalstaatlich verfassten Gesellschaften breite Anerkennung finden und zur Herausbildung eines „Solidaritätsvertrages“ (Ewald 1993) geführt haben, formulieren wir drei Grundprämissen, um unsere solidaritätstheoretische Erklärung internationaler öffentlicher Entwicklungs- und Hilfspolitik zu entfalten. Während wir die ersten beiden Prämissen lediglich unter Bezugnahme auf die Literatur kurz begründen, wird die dritte Prämisse in Form von drei Hypothesen spezifiziert und auf ihre empirische Evidenz hin überprüft.

Prämisse 1 – Nationale Solidaritätsgemeinschaften sind institutionalisierte Hilfgemeinschaften: Gemeinhin gilt der Nationalstaat als der zentrale Raum, in dem sich ein Solidaritätszusammenhang zwischen den Staatsbürgern entwickeln konnte. Für Renan (1882: 57, ähnlich Anderson 1983) ist die Nation „eine große Solidargemeinschaft, getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und den Opfern, die man noch zu bringen gewillt“ ist. Neben der Bindung von Solidarität im Nationalstaat, haben seit dem zweiten Weltkrieg in den westeuropäischen Gesellschaften in zunehmendem Maße auch soziale Rechte und Pflichten als moralische Grundsätze allgemeine Anerkennung gefunden. Während Solidarität ursprünglich in Beziehungen im Mikrobereich der Familie oder der dörflichen Gemeinschaft vorzufinden ist, hat auf kollektiver Ebene der moderne Wohlfahrtsstaat die Organisation von Solidarität übernommen. Dieser konstituiert gleichsam einen anonymen Solidaritätszusammenhang.¹⁰ Der nationale Souveränitätsraum bietet seinen „Insassen“ Schutz und Sicherheit, fordert im Gegenzug aber auch eine Akzeptanz sozialer Verpflichtungen, wie sie beispielsweise dem Steuerbürger auferlegt werden. Ohne den Einfluss eigen-

in einen Solidaritätszusammenhang inkludiert werden, während andere von diesem Zusammenhang exkludiert werden. „Erkennbar wird der partikuläre Charakter solidarischer Verpflichtung schon aus der begrifflichen Herkunft. Brüderlichkeit war der Term der Französischen Revolution, aus dem sich im 19. Jahrhundert das Konzept der Solidarität entwickelte. Darin klingt nach, dass Solidarität in vormodernen Gesellschaften vornehmlich an verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Beziehungen gebunden war, nicht jedoch gegenüber Fremden“, so Beckert/Eckert/Kohli/Streeck (2004b: 9-10).

¹⁰ Klassisch Durkheim (1992). Bereits der Anthropologe Mauss (1990 [1923/24]) hat darauf hingewiesen, dass sich in den modernen Institutionen der sozialen Sicherheit der „Geist der Gabe“ fortsetze, denn auch dieser „etablierten Verhältnisse von Gegenseitigkeit und Verpflichtung“ (Lessenich/Mau 2005: 260).

nütziger Motive zu bestreiten, lassen sich Wohlfahrtsstaaten immer auch als moralische Einrichtungen der Anerkennung und der Solidarität begreifen (Levi 1991, Rothstein 1998 und 2002, Streeck 2001, Mau 2003, wegweisend Marshall 1992 [1949]).

Moderne Wohlfahrtsstaaten normieren auf spezifische Weise moralische Solidaritätsrechte und -pflichten für die nationale Solidargemeinschaft, die auf dem Grundsatz beruhen, dass Menschen in ökonomischer Armut und sozialen Problemlagen geholfen werden sollte (Offe 2004: 40, Mau 2003). Dabei sind Hilfs- und Unterstützungsleistungen allerdings nicht auf nationale Solidargemeinschaften beschränkt. Menschen reagieren nicht nur auf interne, sondern auch auf externe Ungerechtigkeit und gegenüber Fremden sensibel und in unterschiedlichem Maße solidarisch (Berger 2004: 258, auch Olesen/Rosenau 2005). Daher ist es plausibel, anzunehmen, dass Solidarität grundsätzlich nicht an nationalstaatlichen Grenzen endet, aber auch nicht gänzlich universell ist. Vielmehr hat die auf spezifische Weise eingelassene Wertschätzung im Umgang mit Armen und sozial Hilfsbedürftigen dazu geführt, dass sich länderspezifische „Kulturen der Solidarität“ herausgebildet haben (Hinrichs 2003, Offe 1996: 164-70), die auch nach „Außen“ Wirkung zeigen..

Prämisse 2 – Domestische Bedingungen von Außenpolitik: Wie andere liberale Außenpolitikansätze auch, so gehen wir von der Annahme aus, dass Regierungen „ihre Umwelt nach denselben Prinzipien, Normen und Werten geordnet sehen wollen wie ihr eigenes politisches und gesellschaftliches System“ (Kittel/Rittberger/Schimmelfennig 1995: 68). Nun wird allerdings nicht angenommen, dass gesellschaftlich verankerte solidarische Überzeugungen sich unmittelbar und bruchlos in außenpolitisches Regierungshandeln übersetzen. So werden von der Gesellschaft unterschiedliche Forderungen an das politische Entscheidungssystem gerichtet, so dass Solidarität mit anderen Motiven (Sicherheit, Herrschaft u.a.) konkurriert. Während das Ausmaß an Solidarität schon in den nationalstaatlich organisierten Wohlfahrtsstaaten schwierig einzufordern ist, so trifft dies um so mehr für die Bedingungen der Möglichkeit von Solidaritätsverflechtungen jenseits des Nationalstaates zu (ausführlich Beckert et al. 2004). Denn internationale Solidarleistungen sind nicht geschuldete Rechtspflichten, sondern freiwillig und somit rechtfertigungsbedürftig (Brunkhorst 2001: 605, Kesselring 2007).¹¹ Deshalb ist davon auszugehen, dass Regierungen auch interessenorientiert handeln und sich von Verpflichtungen und Appellen der Solidarität nicht immer beeindrucken lassen. Gleichwohl gibt es immer wieder außenpolitische Entscheidungen, die im Horizont rationalistischer Ansätze nicht hinreichend erklärt werden können. Welchen Stellenwert Regierungen deshalb Solidaritätspflichten gegenüber Dritten einräumen, hängt letztlich vom argumentativen Gewicht ab, mit den Solidaritätsforderungen in der außen- und entwicklungspolitischen Debatte vertreten und be-

¹¹ Aus der Warte des Solidaritätsansatzes wird zwar angenommen, dass solidarische Überzeugungen in entwickelten nationalen Wohlfahrtsdemokratien breite Anerkennung finden, aber diese sind immer nur für Teile der Gesellschaft unmittelbar handlungsleitend.

gründet werden.

Prämisse 3 – Solidarische Argumentationsstruktur und Legitimation: Da solidarische Forderungen nicht unmittelbar außenpolitisch wirksam werden, ist davon auszugehen, dass solidarischen Motiven ein variables Gewicht zukommt. Weshalb in bestimmten Fällen solidarische Bindungen jenseits nationaler Grenzen entstehen und solidarisches Handeln als angemessener erscheint, hängt deshalb von der Qualität und Legitimation des jeweiligen solidarischen Argumentes in der öffentlichen politischen Debatte ab.¹² So kommen in bestimmten außenpolitischen Entscheidungssituationen verschiedene solidarische Prinzipien zum Tragen. Bezogen auf Fragen der öffentlichen Entwicklungs- und Hilfspolitik spielen (a) die Bedürftigkeit der Hilfsempfänger, (b) die Bindung zwischen Geber und Nehmer sowie (c) die Eigenanstrengung der Hilfsempfänger eine entscheidende Rolle.¹³

Nach dem Handlungsprinzip der Bedürftigkeit ist die solidarische Interdependenz abhängig von der Bedürftigkeit der Hilfsempfänger. So erhalten insbesondere solche Individuen, Gruppen oder Staaten finanzielle Hilfe und politische Unterstützung, deren Armut, Not und Unterentwicklung am größten sind. Je größer die Bedürftigkeit eines Landes, um so größer ist der solidarische Handlungsdruck seitens der Geberländer diesen zu helfen (*Bedürftigkeitshypothese*).

Nach dem Handlungsprinzip der Bindung sind es insbesondere die aus einem Gemeinschaftsgefühl erwachsenden besonderen Bindungen zwischen Staaten, welche die Stärke der solidarischen Interdependenz bedingen. So können außenpolitische Solidaritätsverpflichtungen aufgrund historischer Schuld, kultureller Nähe und Zugehörigkeit oder sonstiger moralischer Verpflichtungen resultieren. Je stärker die historische, kulturelle und schuldbasierte Bindung zwischen Ländern, um so größer ist der solidarische Handlungsdruck zu helfen (*Bindungshypothese*).

Solidarische Handlungsinterdependenz ist aber auch abhängig vom Prinzip der Anstrengung. So kann die Bereitschaft solidarischen Handelns gegenüber Bedürftigen dadurch leiden, dass letztere bestimmte Hilfeleistungen nicht entsprechend der vereinbarten Zielsetzungen der Geberländer einzusetzen bereit oder fähig waren. Da Solidarität ein wechselseitiges Verhältnis des Gebens und Nehmens konstituiert, bedeutet dies, dass die Vergabe von Hilfe an Bedingungen geknüpft ist. Für die Entwicklung von Solidarität ist es wichtig, inwieweit die Erfolge solidarischer Leistung sichtbar werden und es tatsächlich gelingt, mittels des Transfers von Ressourcen Unterschiede zwischen

¹² Neben dem Gewicht ist die Öffentlichkeit für das Zustandekommen solidarischen Handelns entscheidend. In diesem Papier wird der Faktor Öffentlichkeit ausgeklammert, weil wir davon ausgehen, dass die Hilfsbedürftigkeit der AKP-Staaten und MOEL als hinreichend bekannt gelten kann.

¹³ Diese drei Handlungsprinzipien finden spiegelbildlich ihren Niederschlag innerhalb von entwickelten Wohlfahrtsstaaten. So bezieht sich die Bedürftigkeit nach Außen im Innern auf die individuelle Hilfsbedürftigkeit. Das Bindungsprinzip entspricht im Wohlfahrtsstaat dem partikulären Gruppenprinzip, d.h. nicht einzelne Individuen haben entsprechend ihrer Bedürftigkeit Anspruch auf Hilfe, sondern die Hilfeleistung hängt davon ab, welcher Gruppe man angehört. Das Anstrengungsprinzip schließlich findet in der Konditionalisierung von Leistungen im Wohlfahrtsstaat ihren Niederschlag. Dazu Folz/Musekamp/Schieder (2005).

Geber und Empfänger zu verringern. Sie bestimmen letztlich mit, wer aus solidarischen Gründen berechtigterweise Hilfsansprüche geltend machen kann und Solidarität „verdient“. ¹⁴ Je geringer die Anstrengung auf Seiten der Nehmer und je diffuser die Erfolgsaussichten der Hilfe durch die Geber, um so schwieriger ist es, solidarisches Regierungshandeln gegenüber der Gesellschaft zu legitimieren und zu rechtfertigen (*Anstrengungshypothese*).¹⁵

4. EU-Entwicklungspolitik: Die Sonderbeziehung mit den AKP-Staaten

Bevor wir das politische und finanzielle Engagement Frankreichs, Deutschlands und Schwedens in der Südpolitik der EU darstellen, soll zunächst auf die Beziehungen der EU zu den AKP-Staaten im Bereich des Handels, der Entwicklung und des politischen Dialoges Bezug genommen werden. Dabei werden wir insbesondere die Aspekte *geographische Definition der Zusammenarbeit, finanzielle Ausstattung* sowie die *politische Konditionalisierung* als Hauptdiskussionspunkte beleuchten. In einem zweiten Schritt soll dann gezeigt werden, inwieweit sich das abweichende Engagement der untersuchten Staaten in der AKP-Politik in den 1990er Jahren mittels der drei solidaritätstheoretisch hergeleiteten Handlungsprinzipien erklären lässt.

Die Sonderbeziehungen der EU zu der inzwischen auf 78 Staaten angewachsenen AKP-Gruppe (48 afrikanische, 16 karibische und 15 pazifische Staaten) reichen bis in die 1950er Jahre zurück. Als sich im Jahre 1957 Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Deutschland zur EWG zusammenschlossen, besaßen die ersten vier Länder noch Kolonien. Allen voran Frankreich bestand darauf, diese durch präferentielle Handelsbeziehungen in den gemeinsamen Markt zu integrieren (Grilli 1994: 225ff., Lister 1997: 109). In den Römischen Verträge wurden deshalb in Teil IV Regelungen für eine wirtschaftliche Assoziierung der insgesamt 31 überseeischen Länder und Kolonialgebiete vereinbart. Nach dem Beitritt Großbritanniens zur EG wurde im Februar 1975 das für fünf Jahre geltende sog. Lomé I-Abkommen mit 46 Partnerstaaten geschlossen, mit dem die europäische Südpolitik auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt wurde. Das Abkommen wurde seinerzeit hoch gelobt und als Chance gesehen, eine echte Partnerschaft zwischen Nord und Süd zu begründen. „The Lomé Convention is undoubtedly the most ambitious and comprehensive expression of EEC’s concern for the Third World so far“ (Cosgrove-Twitchett 1978: 164). Diese positiven Einschätzungen waren weit verbreitet – wenn auch die Euphorie mit

¹⁴ Zum Solidaritätskriterium der „deservigness“ (Prinzip des Verdienstes) siehe auch Oorschot (2000).

¹⁵ Die Kehrseite davon ist, dass Solidarität auch auf Seiten des Gebers seine Grenzen kennt, denn ein „Sollen“ setzt immer auch ein „Können“ voraus, so dass die Pflicht zur Hilfe auch davon abhängt, dass der Geber sich Hilfe (also Solidarität) leisten kann. Die Solidaritätsbereitschaft des Gebers wird in dem vorliegenden Papier allerdings nicht systematisch untersucht (dazu Schieder 2005: 69ff.). Hier stehen die Prinzipien Bedürftigkeit, Bindung und Anstrengung im Zentrum.

der Zeit der Ernüchterung wich (Grilli 1994: 35). Das Abkommen wurde seitdem mehrfach in Folgeabkommen (Lomé II bis IV) verlängert. Im Jahr 2000 wurde mit die Zusammenarbeit mit dem Abkommen von Cotonou weitergeführt.

Die europäische AKP-Politik ist Teil des gemischten Bereichs der EU. Die Kompetenzen sind zwischen EU-Kommission und Mitgliedstaaten aufgeteilt (vgl. Schmuck 1992: 24-26). So gehören die AKP-Staaten, die Mitgliedstaaten und die Europäische Union zu den Vertragsparteien der EU-AKP- Abkommen (Eeckhout 2004: 103).¹⁶ Die EU-AKP-Politik beruht insbesondere auf zwei Säulen. Erstens wird den AKP-Staaten, zu denen die meisten der ärmsten Staaten der Welt gehören, ein bevorzugter Zugang zum europäischen Binnenmarkt ohne Reziprozitätsbedingungen für ihre gewerblichen und landwirtschaftlichen Ausfuhren gewährt. Andererseits erhalten die AKP-Staaten aus dem Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), dem Hauptfinanzierungsinstrument der AKP-Politik, umfangreiche Hilfe mit hohem Schenkungsanteil. Er steht außerhalb des europäischen Haushaltes und wird auf der Grundlage eines separaten Verteilungsschlüssels von den nationalen Regierungen dotiert.

Die EU-AKP-Zusammenarbeit erfuhr, nachdem der Enthusiasmus von Lomé abgeflaut war, breite Kritik und kann insgesamt als unbefriedigend bezeichnet werden. Die Regelungen zur Stabilisierung der Exporterlöse (Stabex/Sysmin) boten keine Anreize zur Diversifizierung der Exportstruktur und wichtige Produkte der AKP-Staaten wie Bananen, Rindfleisch, Reis und Zucker waren von vornherein Quotenregelungen unterworfen und so vom freien Marktzugang ausgenommen (Schmidt 2002: 30). Zudem gilt der EEF als ineffizient und korruptionsanfällig. Dazu trägt insbesondere auch die fehlende Kontrolle durch das Europäische Parlament und die Anti-Korruptionsbehörde der Kommission bei (Nuscheler 2004: 528-29). Und wenn auch der hohe Anteil von 97 Prozent an nicht-zurückzahlbaren Zuschüssen zu begrüßen ist gilt er als viel zu gering dotiert. In einer längerfristigen Perspektive hat sich die Höhe des EEF seit seiner Einrichtung im Jahr 1959 zwar von umgerechnet 569,4 Mio €(1. EEF) auf 13,5 Mrd €für 2000-2005 (9. EEF) beträchtlich erhöht. In realen Werten und pro Kopf der AKP-Bevölkerung bleibt hiervon jedoch nicht viel übrig. Berücksichtigt man die sukzessive Vergrößerung der AKP-Gruppe und das natürliche Bevölkerungswachstum in den AKP-Staaten kommt man gerade einmal auf eine nominale Verdopplung der Mittel pro Kopf (von 10,7 €auf 23,6 €). Inflationsbereinigt dagegen zeigt sich sogar eine starke Entwertung der an die AKP-Staaten vergebenen Mittel (von 62,2 €auf nurmehr 23,6 € pro Kopf in konstanten Werten des 9.EEF) (Hoebink 2004: 29, siehe auch: European Research Office 2007: 17) (vgl. Tab.2). Allerdings fiel der Wert bereits in den 1960er und 1970er Jahren ab, ist

¹⁶ Die besondere Stellung der Lomé- bzw. Cotonou-Politik wird auch dadurch deutlich, dass der durch den Vertrag von Maastricht aufgenommene Titel „Entwicklungszusammenarbeit“ (Art. 177-181) sich nicht auf die Verträge von Lomé erstreckt (Art. 179, Abs. 3 EGV).

seitdem weitgehend konstant und hat auch den Einschnitt des Endes des Ost-West-Konflikts bzw. die weitere Reduktion der außenhandelspolitischen Bedeutung der AKP-Staaten überdauert.

Tab. 2: Entwicklung des EEF in konstanten Werten und pro Kopf der AKP-Bevölkerung

	EEF (Mio.)	EIB (Mio.)	EEF + EIB (Mio.)	EEF/Kopf	EEF/Kopf (konstante Werte EEF 8)
EEF 1	581		581	10,7	62,9
EEF 2	666	64	730	9,7	50,3
EEF 3	828	90	918	10,5	41,2
EEF 4	3072	390	3462	12,3	31,5
EEF 5	4724	685	5409	13,5	22,6
EEF 6	7400	1100	8500	17,9	24,2
EEF 7	10800	1200	12000	21,9	24,3
EEF 8	12967	1658	14625	23,6	23,6

Quelle: Hoebink 2004: 29.

Mit dem neuen Partnerschaftsabkommen, das am 23. Juni 2000 in Cotonou (Benin) unterzeichnet wurde und nach der Ratifizierung durch die EU- und AKP-Staaten am 1. April 2003 in Kraft getreten ist, wird die privilegierte Südpolitik der EU im Grundsatz fortgesetzt (Forwood 2001: 438, Brüne 2000: 205). Die bereits 1996 begonnene Diskussion über die Neugestaltung des Lomé IV-Folgeabkommen gestaltete sich langwierig. Als besonders kontrovers erwiesen sich dabei vor allem drei inhaltliche Dimensionen: die Differenzierung und Öffnung der AKP-Gruppe, die finanzielle Ausstattung des EEF und die Frage nach der politischen Konditionalisierung der Entwicklungshilfe (Dialer 2007).

Differenzierung und Öffnung der AKP-Staatengruppe: Kontrovers war in den Verhandlungen über das Cotonou-Abkommen das Gruppenprinzip der AKP-Politik, also die Frage, *wer* bzw. welche Entwicklungsländer von der Zusammenarbeit profitieren sollten. Das Lomé-Modell staatlicher Entwicklungshilfe, das die europäischen Industrieländer mittels eines Globalabkommens mit sehr unterschiedlich entwickelten Regionen Afrikas, der Karibik und des Pazifik verbindet (Brüne 2000: 209), diskriminiert Länder ohne historische, meist koloniale, Bindungen an die Mitgliedstaaten der EU sowie andere Entwicklungsregionen wie z.B. Asien und Lateinamerika mit einigen der ärmsten Länder der Welt. Hinzu kam, dass im Zuge der Osterweiterung „aid increasingly appears to begin close to home“ (Holland 2002: 9). Eine reformierte AKP-Politik müsse folglich die unzweckmäßige Differenzierung in der europäischen Entwicklungspolitik berücksichtigen und die Öffnung der AKP-Gruppe für Nicht-AKP-Staaten ermöglichen. Im Handelsbereich stand die AKP-Politik im Widerspruch zum Prinzip der Gegenseitigkeit der WTO, indem den AKP-Staaten ein einseitiger

präferentieller Zugang zum EU-Binnenmarkt gewährt wurde.¹⁷ Der Status-quo war rational immer weniger und schwieriger zu rechtfertigen.¹⁸ Im Grünbuch legte die EU-Kommission im November 1996 deshalb Optionen zur Weiterführung des Lomé-Ansatzes dar (Europäische Kommission 1997). Insbesondere zwei Vorschläge wurden intensiv zwischen den Mitgliedstaaten diskutiert: einerseits die Einrichtung von regionalen Freihandelszonen und so genannter „Economic Partnership Agreements“ (EPAs), um den Handel zwischen den AKP-Staaten anzukurbeln sowie andererseits die Integration von armen AKP-Staaten in ein verbessertes Allgemeines Zollpräferenzsystem, mit hin ein allgemeines Abkommen mit den LDCs. Durchgesetzt haben sich letztlich mit Frankreich an der Spitze die Befürworter einer regionalen Kooperation (Forwood 2001: 428–429, Olsen 2005: 595). Das Cotonou-Abkommen gilt weiterhin lediglich für zwei Drittel aller Entwicklungsländer und schließt damit nach wie vor einige der ärmsten Länder der Welt aus.¹⁹ Gleichzeitig wurde aber eine Verbesserung des Marktzugangs für LDCs vereinbart, die nicht für die Errichtung von Freihandelszonen bereit waren.²⁰ Im Jahre 2002 hat der Rat die Kommission deshalb gem. Art. 34 Abs. 2 Cotonou beauftragt, mit sechs AKP-Regionen WTO-kompatible EPAs auszuhandeln, damit diese wie vorgesehen 2008 in Kraft treten können.²¹

Finanzielle Ausstattung des EEF: Obwohl Lomé und Cotonou im Kern Handelsabkommen sind, nehmen Transferzahlungen seit jeher einen großen Stellenwert in der AKP-Politik ein (Dialer 2007: 162). Mit einer Ausstattung von 15,2 Mrd. EUR (13,5 Mrd. EUR plus 1,7 Mrd. EUR an Krediten durch die EIB) erfuhr der 9. EEF (2000-2005) im Vergleich zum vorherigen 8. EEF eine leichte Erhöhung. Zusätzlich standen zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses von Cotonou 9,9 Mrd. EUR an bisher nicht verbrauchten Mitteln aus früheren Fonds zur Verfügung (aus dem 6., 7 und 8. EEF), so dass sich die Gesamtdotation auf rund 25 Mrd. EUR belief.²² Der 10. EEF (2005-2010) erfuhr eine beträchtliche Steigerung und hat ein Volumen von nunmehr knapp 23 Mrd. € (vgl. Tab. 3 im Anhang).

Politischer Dialog und Konditionalität: Mit dem Abkommen von Cotonou wurde die politische Dimension der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt (Schmidt 2002). Damit knüpfte die EU

¹⁷ Die AKP-Staaten waren bislang lediglich gehalten, die Meistbegünstigungsklausel anzuwenden und zwischen den EU-Mitgliedstaaten keinen Unterschied zu machen. Dazu im Detail Stevens (2000: 228-238).

¹⁸ „It became increasingly hard to isolate what common interests bound the Lomé states together and distinguished them from the majority of non-Lomé developing countries. The dissimilar treatment of similar developing countries was difficult to explain. Why offer membership to Angola, but not to Cambodia?“, so Holland (2002: 10).

¹⁹ Unter anderem Afghanistan, Bangladesch, Jemen, Kambodscha, Laos und Myanmar.

²⁰ Diesem Ziel entspricht die „Everything But Arms – Initiative“, mit der die EU mit dem Ratsbeschluss vom 26. Februar 2001 allen LDCs einen erleichterten Marktzugang eröffnet. Damit wird den LDCs für alle Güter außer Waffen ein zoll- und quotenfreier Zugang zum europäischen Markt gewährt (für Bananen, Reis und Zucker bestehen Übergangsfristen). Vgl. dazu Schmidt (2002: 35).

²¹ Für die Zeit 2000 bis 2008 gilt weiterhin das bisherige Spezielle Präferenzsystem mit den AKP-Staaten, wobei eine Ausnahmegenehmigung („waiver“) bei der WTO beantragt wurde. Auch nach 2008 können noch Übergangsfristen (maximal 12 Jahren) vereinbart werden.

²² Deutscher Bundestag 2001: Elfter Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, Drucksache 14/6496, 82f.

an das Abkommen Lomé IVb (1995-2000) an, wo die Achtung der Menschenrechte und demokratischer Prinzipien sowie die Herrschaft des Rechts als „wesentliche Elemente“ der Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten verankert wurden (Crawford 2000, ausführlich Schmitz 2006). Im Falle der Verletzung eines dieser Elemente kann das Abkommen ganz oder teilweise ausgesetzt werden. Der politische Dialog, Fragen von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit, Friedens- und Stabilitätspolitik wurden gestärkt. Aufgrund der massiven Gegenwehr der AKP-Staaten wurde das Prinzip der „verantwortungsvollen Regierungsführung“ („Good Governance“) nicht als wesentliches, sondern lediglich als so genanntes „fundamentales“ Element eingeführt, was eine Sanktionierung von Verstößen deutlich erschwert.²³ Lediglich Fälle schwerer Korruption werden seit dem Abkommen von Cotonou wie Verstöße gegen die oben genannten wesentlichen Elemente sanktioniert.

Während sich die AKP-Staaten gegen die Aufnahme einer Governance-Klausel mit dem Hinweis gewehrt hatten, „dass es weder eine präzise Definition des Konzepts selbst noch Standards zu seiner Messung gäbe“, so der nigerianische Entwicklungsminister Adamou Salao (zit. nach Beck/Conzelmann 2004: 321, siehe auch Hazelzet 2005: 2). und damit der Einführung von politischen Konditionalitäten nur widerwillig zustimmten, war sie unter den Mitgliedstaaten der EU im Kern nicht umstritten (Olsen 2005: 506, Forwood 2001). Unterschiedliche Auffassungen bestanden allerdings darüber, wie auf nicht-konformes Handeln bezüglich der politischen Kriterien des Abkommens seitens der AKP-Staaten reagiert werden sollte.

4.1. Frankreich und die AKP-Politik: Fortbestand exklusiver Sonderbeziehung

Differenzierung und Öffnung der AKP-Staatengruppe: Die Pflege besonders enger Beziehungen zu seinen ehemaligen Kolonien wird in der Forschung einstimmig als zentrales Merkmal französischer Entwicklungszusammenarbeit angesehen (Holland 2002: 5; Grimm 2003: 119–120). Im Laufe der Jahre hat sich Frankreichs Fokus schrittweise auch auf ehemalige Kolonien anderer europäischer Staaten in Afrika bzw. auf den Kontinent als Ganzes verlagert. Diese Schwerpunktsetzung zeigt sich auch statistisch in der offiziellen französischen Entwicklungshilfe (ODA). So erhält Afrika südlich der Sahara, dessen Staaten allesamt zur AKP-Gruppe gehören, einen Anteil von 59,1 Prozent der französischen ODA (vgl. Tab.4). Dabei sind sieben der fünfzehn wichtigsten Empfängerländer mit einem Anteil von 26,3 Prozent der bilateralen ODA AKP-Staaten (OECD/DAC 2005: Tab. 32). Dieser hohe Anteil für Länder Afrikas südlich der Sahara erklärt auch den vergleichswei-

²³ Good Governance meint laut Abkommen von Cotonou „die transparente und verantwortungsbewusste Verwaltung der menschlichen, natürlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen und ihr Einsatz für eine ausgewogene und nachhaltige Entwicklung“ (Art. 9. Abs. 3). Siehe zum Begriff „Good Governance“ und seiner Anwendung in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit auch Conzelmann (2003).

se hohen Anteil von 39,3 Prozent der französischen Hilfe, die an LDCs geht, da dort die meisten dieser ärmsten Staaten der Erde liegen. Asiatische LDCs, wie Afghanistan oder Bangladesh, stehen dagegen nicht im Fokus französischer Entwicklungszusammenarbeit. Historisch enge Beziehungen sind offenbar stärker von Bedeutung als die Bedürftigkeit möglicher Empfängerländer.²⁴

Als Initiator der EU-AKP-Beziehungen versteht sich Paris als moralischer Anwalt und Fürsprecher der AKP-Staaten, deren Anliegen und Interessen es im Kreise der EU-Partner engagiert vertritt.²⁵ In den Verhandlungen zum Abkommen von Cotonou sprach sich Frankreich dementsprechend gegen eine Einbeziehung weiterer asiatischer LDCs in die Zusammenarbeit aus und trat an der Seite der AKP-Staaten für die Beibehaltung der Zusammenarbeit mit diesen als Gruppe ein (Forwood 2001: 428-429). „Die Beibehaltung einer spezifischen Konvention zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten sei ein für Frankreich essentielles Element der unabdingbaren europäischen Solidarität mit Afrika“, so äußert sich der damalige Entwicklungsminister Charles Josselin im Juni 1998 zu den Zielen Frankreichs im Rahmen der Aushandlungen des Cotonou-Abkommens.²⁶ Entsprechend sprach Frankreich sich zur Gewährleistung der WTO-Kompatibilität des Abkommens für die Errichtung regionaler Freihandelszonen (EPAs) aus, um so die Integrität der AKP-Staatengruppe nach Außen wahren zu können.²⁷

Der Bezug auf die kulturelle und koloniale Verbindung Frankreichs zu den AKP-Staaten zieht sich auch wie ein roter Faden durch die französische Debatte über die AKP-Politik. So sieht der Bericht des französischen Sénats zur Ratifikation des Abkommens von Lomé IVb 1997 Frankreichs Aufgabe darin, die besondere Bindung zwischen EU und AKP zu bewahren. „La France doit s’efforcer pour sa part de sauvegarder le principe d’un lien privilégié avec l’ensemble géographique formé par les états ACP“.²⁸ Und auch in der Debatte zur Ratifikation des Abkommens von Cotonou wird diese Einschätzung der Abgeordneten über die Aufgabe Frankreichs deutlich. „Plusieurs des nos nouveaux partenaires, qui n’ont ni le même passé, ni les mêmes obligations que la France,

²⁴ Ein Hinweis von Charles Josselin bezogen auf Diskussionen zur möglichen Aufnahme Afghanistans in die französische „zone de solidarité prioritaire“, die die Schwerpunktländer französischer Hilfe definiert, stützt diese Interpretation: „[N]ous avons pensé qu’il valait mieux choisir une autre procédure, avec des lignes budgétaires spécifiques, pour éviter de „syphonner“ les crédits africains au bénéfice de ce pays dont la situation est bien particulière“ (Reden von Charles Josselin vor der Assemblée Nationale am 21.02.2002: 1670).

²⁵ Dabei spielt auch Frankreichs Großmachtstatus eine Rolle: „Dans le rapport de force qui s’installe entre les Etats-Unis et la France en Afrique, la France doit pouvoir compter sur l’aide de ses partenaires européens car seule, elle ne peut faire face,“ so der Staatssekretär für Entwicklungshilfe Josselin, Charles, in: La Politique étrangère de la France. Textes et documents, 07/1997, S. 21.

²⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Februar 1999, S. 15.

²⁷ Inzwischen ist allerdings in Frankreich eine Debatte über die EPAs entbrannt. So kritisierte der EU-Ausschuss der französischen Nationalversammlung jüngst im „Rapport d’Information sur la négociation des accords de partenariat économique avec les pays d’Afrique, des Caraïbes et du Pacifique“ (Lefort-Bericht) die bisherige Verhandlungsführung der EU-Kommission gegenüber den AKP-Staaten, weil die Durchsetzung der EU-Forderungen die Volkswirtschaften der AKP-Staaten einem Schock aussetzen. Der Ausschuss fordert deshalb, der Kommission das Verhandlungsmandat zu entziehen und benennt Kriterien für ein neu definiertes Verhandlungsmandat. Vgl. Gabas (2005: 260).

²⁸ Sénat, Rapport No. 219 (1997/1998), 2.

s'interrogeaient sur l'intérêt de distinguer les pays ACP des autres pays en développement. La pérennité des liens noués avec les pays ACP a été réaffirmée, et notre pays, dont l'initiative a souvent été déterminante dans la négociation, peut s'en féliciter".²⁹ Der Erhalt der „spezifität des liens“, die Abwehr einer „banalisation de la relation“ und die Bestätigung des „caractère privilégié de la relation“ wurden in den französischen Parlamentsdebatten als die drei erfolgreich durchgesetzten Ziele französischer AKP-Politik hervorgehoben.³⁰

Finanzielle Ausstattung des EEF: In den Verhandlungen zum Internen Finanzierungsabkommen für den EEF war Frankreich bestrebt, seinen weit überproportionalen Anteil am EEF (24,3 gegenüber 17 Prozent am Haushalt der EU) zu senken (Gabas 2005: 260). Dies war auch bereits bei der Aushandlung des 8. EEF 1995 der Fall. Letztendlich akzeptierte Frankreich damals jedoch eine eigene Beitragsteigerung, um die Mittelausstattung des Fonds zu gewährleisten und um Deutschland und Großbritannien zu eigenen Steigerungen zu bewegen. Deutschland erhöhte seinen Betrag nominal nur leicht und Großbritannien konnte den seinen sogar noch senken. Trotz des Beitritts der wohlhabenden skandinavischen Staaten und Österreichs erhöhte sich die Ausstattung des Fonds nicht signifikant (Lister 1997: 133) (vgl. Tab.3).³¹ Im Laufe der Verhandlungen zur Finanzierung des 9. EEF rückte Paris abermals von der Forderung nach Beitragssenkung ab und akzeptierte einen weitgehend stabilen Verteilungsschlüssel, um die Gesamthöhe des Fonds nicht zu gefährden. In der Ratifikationsdebatte für Lomé IVb macht Entwicklungsstaatssekretär Josselin die besondere Rolle Frankreichs in diesem Zusammenhang deutlich: „Il nous faudra convaincre nos partenaires européens de préserver, pour le moins, l'enveloppe financière accordée aux pays ACP.“³²

Politischer Dialog und Konditionalität: Französischer Entwicklungspolitik wird allgemein nachgesagt einen besonders nachgiebigen Umgang mit offensichtlichen finanziellen Missbrauchsfällen und politischen Mißständen zu zeigen. Fälle von fortbestehender Unterstützung autokratischer und korrupter Regime sind in der Literatur zur französischen Afrikapolitik weit verbreitet (vgl. Brüne 1995, Verschave 1998). Zwar lässt sich seit den 1990er Jahren eine stärkere Einführung politischer Konditionalität feststellen. Allerdings ist deren Anwendung durch Frankreich ambivalent zu beurteilen und die Reaktionen Frankreichs auf Verstöße sind nicht kohärent und eher zaghaft (Mehler 1999).

Wie andere Staaten auch, trat Paris in den Verhandlungen über das Cotonou-Abkommen für eine Konditionalisierung der Hilfen ein. Im Unterschied etwa zu Deutschland räumt Frankreich allerdings dem politischen Dialog und der reziproken Verpflichtung Vorrang vor der Anwendung

²⁹ Brisepierre, RPR, Sénat, 06.02.2002, 5.

³⁰ Zimmermann, RPR, Assemblée Nationale, 21.02.2002, 1667–1668.

³¹ Frankreich hatte einen Anteil von 24,37 Prozent am 7. EEF und 24,3 Prozent am 8. EEF. Zum Vergleich: Deutschland 25,96 Prozent (7. EEF) und 23,4 Prozent (8. EEF), Großbritannien 16,37 % (7. EEF) und 12,7 % (8. EEF), Schweden: 2,73 (nur 8. EEF).

³² Josselin, PS, Sénat, 4.2.1998, 3.

einseitiger Sanktionen ein.³³ Frankreich ist es in der Vergangenheit gelungen, Ex-Kolonien vor harten Sanktionsmaßnahmen durch die EU zu schützen.³⁴ Im Rahmen der Stärkung der politischen Dimension des Abkommens habe man beschlossen, so Josselin im Rat der EU, den Dialog zur Regel und die Sanktionen zur Ausnahme zu machen. In dieser Haltung zeigt sich erneut die enge freundschaftliche Bindung Frankreichs an die AKP-Staaten: Zwar akzeptierte Frankreich einerseits die Einführung von politischer Konditionalität. Andererseits pochte Paris aber sehr darauf, weiche Sanktionsinstrumente festzuschreiben. Zudem solle der vorgesehene politische Dialog nicht nur auf die EU-AKP-Beziehungen beschränkt sein, sondern auf die Gesamtheit der EU-Außenbeziehungen ausgeweitet werden. Damit würde verhindert, dass an die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten strengere Bedingungen geknüpft werden als an die Kooperation mit anderen Staaten bzw. Staatengruppen (Posthumus 1998: 9).

Auch in den Ratifikationsdebatten der Abkommen Lomé IVb und Cotonou spricht sich keiner der Redner grundsätzlich gegen die Konditionalisierung der Hilfe aus; die Stärkung der politischen Dimension des Abkommens wird allgemein begrüßt.³⁵ Allerdings lassen sich Unterschiede zwischen der Ratifikation von Lomé IVb und Cotonou feststellen. In der Senatsdebatte um Lomé IVb begrüßt Charles Josselin noch eine Verstärkung oder Verschärfung der politischen Dimension. „Le bilan des précédentes conventions a révélé l’insuffisance du dialogue politique. Ce dernier devra être renforcé autour de valeurs communes: état de droit, démocratie, droits de l’homme, mais aussi bonne gestion des affaires publiques.“³⁶ In der Cotonou-Debatte dagegen wurde im Sénat und der Nationalversammlung Kritik an der Form der bisherigen Durchsetzung von Bedingungen geübt. Als Fortschritt bezeichnet Josselin hier die Einführung „weicher“, an die jeweilige Situation angepasster Maßnahmen im Falle von Verstößen, die die weitere Aufrechterhaltung des Dialogs ermöglichen. „Il a été décidé que le dialogue devait devenir la règle et les sanctions l’exception.“³⁷ Paulette Brisepierre kritisiert, die bisherige Definition der Konditionalitäten hätte im Falle Lomés häufig eine paralyisierende Wirkung erzielt.³⁸ Monique Cerisier-ben-Guiga betont, dass die Erweiterung des

³³ „La conditionnalité politique ne saurait donc être simplement réactivé; elle doit conduire au contraire à des actions préventives et pédagogiques“, so Entwicklungsstaatssekretär Josselin im Rat der EU am 17. November 1997, in: La Politique Étrangère de la France. Textes et documents, 11/1997, 181.

³⁴ „Countries which had been occupied by European powers other than France and Britain were sanctioned more severely. This is an indication that those punished more harshly found themselves relatively undefended in the Council by their former colonisers, whereas France [...] made efforts to protect their former colonies from harsh sanctions“ (Hazelzet 2005: 10).

³⁵ „Il faut se rejouir de la volonté affichée dans le préambule modifié de la convention de Lomé de renforcer le dialogue politique et de l’ouvrir à des thèmes et problèmes de politique étrangère et de sécurité,“ Sénat, Rapport No. 219 (1997/1998), 2.

³⁶ Rede von Charles Josselin vor dem Sénat, 4.2.1998: 2. Ähnlich auch Paulette Brisepierre, RPR, in der gleichen Debatte, in der sie die Stärkung von Rechtsstaat, gute Regierungsführung, Demokratie und den Respekt der Menschenrechte als wichtige Instrumente der Entwicklung bewertet, Rede von Brisepierre vor dem Sénat, 4.2.1998: 5.

³⁷ Rede von Charles Josselin vor dem Sénat am 06.02.2002, 2.

³⁸ „Une lourde part de responsabilité incombe, en fait, aux mécanismes de financement communautaire, qu’il s’agisse de la définition de ‘conditionnalités’ souvent paralysantes, ou encore de la lourdeur du processus de décision“ (Rede

Abkommens um eine politische Dimension die Überwindung des Konzeptes der Konditionalität zugunsten eines permanenten Dialogs über Demokratie, Menschenrechte und Good Governance ermöglicht habe.³⁹

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in den Verhandlungspositionen Frankreichs und der französischen Debatte über das Cotonou-Abkommen eindeutig das Bindungsprinzip handlungsleitend ist. Die enge Bindung der Ex-Kolonien und Afrikas insgesamt an Frankreich erklärt die geringe Bedeutung des Anstrengungsprinzips sowie die einseitige Auslegung des Bedürftigkeitsprinzips, das ausschließlich zur Rechtfertigung von Unterstützungsleistungen an die AKP-Staaten und nicht auf die gesamte Staatengruppe der LDCs angewendet wird. Somit beharrt die französische Regierung auf einer exklusiven AKP-Politik und macht sich für weiche Sanktionen stark. Der Einsatz Frankreichs für eine gute finanzielle Ausstattung des EEF sowie die Bereitschaft zur Erhöhung eigener Beitragszahlungen ist verständlich, wenn man berücksichtigt, dass die EEF-Mittel ausschließlich an die AKP-Staaten adressiert sind, die traditionell die privilegierten Partner Frankreichs sind.

4.2. Deutschland und die AKP-Politik: Normalisierung der Sonderbeziehungen

Differenzierung und Öffnung der AKP-Staatengruppe: Deutschland vergibt mit 34,7 Prozent im Vergleich zu den anderen Untersuchungsstaaten den geringsten ODA-Anteil an afrikanische Staaten südlich der Sahara (OECD/DAC 2005: Tab.32) (vgl. Tab.4). So flossen im Durchschnitt 13,1 Prozent der bilateralen ODA in den Jahren 2002-03 an europäische Staaten, was verglichen mit den beiden anderen Untersuchungsstaaten der weitaus höchste Wert ist (OECD/DAC 2005: Tab 32).⁴⁰ Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit weist auch keine besondere Fokussierung auf LDCs oder *low income countries* (LICs) auf (OECD 2005c: 3). Stattdessen konzentriert sie sich eher auf *middle income countries* (vgl. Tab. 4). So gehören beispielsweise China, Indien, Ägypten oder die Türkei zu den Hauptempfängern bilateraler ODA: „Historically there has been a strong focus of Germany on middle-income countries, which received more than 50% of bilateral funds until the early 2000s“ (OECD 2005c: 3).

Deutschland steht einer privilegierten EU-AKP-Partnerschaft von jeher skeptisch bis ablehnend gegenüber (Grimm 2003: 120, vgl. im Überblick Engel/Kappel 2002). Bereits in den 1950er Jahren hatte Bundeskanzler Adenauer der französischen Regierung vergeblich pauschale Abfindungszahlungen für den Verzicht auf die Assoziierung ihrer schwarzafrikanischen Kolonien

von Paulette Brisepierre vor dem Sénat, 6.2.2002: 5).

³⁹ Rede von Monique Cerisier-ben-Guiga vor dem Sénat, 6.2.2002.

⁴⁰ Dabei sind Leistungen, die nicht als ODA definiert werden können (z.B. Transformationshilfen an osteuropäische Staaten) nicht einmal einbezogen.

angeboten (Brüne 2000: 204). Die Bundesrepublik sprach sich in den Verhandlungen für eine Öffnung der AKP-Staatengruppe im Sinne einer Normalisierung der Beziehungen aus, die andere Entwicklungsländer nicht länger benachteilige (Forwood 2001: 428). Dies spiegelt sich auch in der Ratifikationsdebatte des Bundestags über einen interfraktionellen Antrag zum Abkommen von Cotonou wider: „Es ist ein gutes Signal, daß CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen sich auf gemeinsame Prinzipien verständigt haben: Koloniale Erblasten dürfen nicht länger sachgerechte Entscheidungen verhindern. [...] Die Europäische Union hat sich verändert und wird sich ab dem Jahre 2000 bis zum Jahre 2010 mit der Osterweiterung auch weiter verändern, so daß wir jetzt Prinzipien brauchen, die nicht länger an diesen kolonialen Gedanken der 50er Jahre orientiert sind“.⁴¹ In den Verhandlungen sprach sich Deutschland für eine stärker am Entwicklungsstand und Bedarf ausgerichtete Entwicklungspolitik und damit für eine Normalisierung der Sonderbeziehungen aus, da diese die AKP-Staaten gegenüber anderen Entwicklungsländern bevorzuge.⁴² In der deutschen Debatte zum Cotonou-Abkommen äußert sich daher wiederholt der deutliche Wunsch, die Differenzierung zwischen AKP-Staaten und Nicht-AKP-Staaten zu überwinden und die EU-Entwicklungszusammenarbeit für weitere LDCs zu öffnen.⁴³ So fordert Armin Laschet (CDU) im Bundestag am 29.4.1998: „Wir müssen LDC-Länder in Asien und Lateinamerika mit den ärmeren AKP-Staaten gleichstellen“ (Laschet 1998: 21305). Die aus der „kolonialen Hypothek“ herrührende Prioritätensetzung in der AKP-EU-Politik müsse – vor dem Hintergrund des veränderten internationalen Umfeldes – überwunden werden: „Es kann doch wohl nicht sein, dass die früher einmal bestehenden kolonialen Strukturen weiterhin bestimmen, wer im Rahmen der AKP-EU-Beziehungen eigentlich unsere Vertragspartner sind“.⁴⁴

Finanzielle Ausstattung des EEF: Deutschland sprach sich in den Verhandlungen für ein Einfrieren des EEF auf der bestehenden Höhe aus und begründete dies mit der mangelnden Absorptionskapazität in den AKP-Empfängerländern und einer unzureichenden Flexibilität des EEF-Systems.⁴⁵ Ganz generell lässt sich seit den 1990er Jahren das Bestreben Deutschlands feststellen, seinen Anteil am EEF zu senken. Mit seinem gegenüber dem 8. EEF unveränderten Anteil von 23,4 Prozent am 9. EEF (rund 3,2 Mrd. EUR) nahm Deutschland im Kreise der EU-Mitgliedstaaten nach Frankreich allerdings weiterhin den zweiten Rang ein.⁴⁶ „Again, France had been lobbying

⁴¹ Laschet, CDU/CSU, PlPr. 13/232, 29.04.1998: 21304f. Zum interfraktionellen Antrag, Deutscher Bundestag 1998, BT-Drs. 13/10302.

⁴² Antwort der Bundesregierung, Deutscher Bundestag 1997, Drucksache 13/8628, S. 10f.

⁴³ Es spielte in der Debatte kaum eine Rolle, dass der AKP-Staatengruppe auch ehemalige deutsche Kolonien (z.B. Namibia) zuzurechnen sind.

⁴⁴ Brauksiepe CDU/CSU, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/23, 19.03.1999, S. 2335. Vgl. auch: Köster-Lossack, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/23, 19.03.1999, S. 2333.

⁴⁵ Zähe Verhandlungen über das Lomé Abkommen. Streit über Handelspolitik und EU-Finanzhilfen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Dezember 1999, S. 17.

⁴⁶ Mit dem 10. EEF leistet Deutschland mit 4,65 Mrd. € wieder den höchsten Beitrag unter den EU-Mitgliedstaaten, aufgrund der gestiegenen Leistungen einiger anderer Mitgliedstaaten (z.B. Großbritannien) hat sich der prozentuale

intensively to secure larger allocations, while especially Germany seemed more inclined to redirect financial assistance from South to East (i.e. to the aspiring candidate countries in Central and Eastern Europe)“ (Pilegaard 2003: 15, Ashoff 2005: 282). In diesem Zusammenhang steht auch die Ablehnung sowohl der christlich-liberal geführten Bundesregierung als auch von Rot-Grün, die EEF-Finanzierung zu Gunsten der Einbeziehung ins allgemeine Budget der EU aufzugeben. Dies würde zu einer höheren finanziellen Belastung Deutschlands führen.⁴⁷

Politischer Dialog und Konditionalität: Während sich Frankreich in Bezug auf die Sanktionierung von Regelverstößen für ein weiches Vorgehen einsetzte, das auf politischen Dialog statt auf Sanktionen setzt, befürwortete Deutschland ausdrücklich die Anwendung von Sanktionen bei Verstößen gegen die vereinbarten politischen Bedingungen (Pippan 2002: 356).⁴⁸ Die Verknüpfung von entwicklungspolitischen Leistungen mit politischen Bedingungen hat mit den so genannten Spranger-Kriterien, die 1991 vom damaligen CSU-Minister für Entwicklungshilfe definiert wurden, Einzug in die deutsche Entwicklungspolitik gehalten. Sie sind seitdem weitgehend Konsens in der deutschen Entwicklungspolitik und weisen in eine ähnliche Richtung wie die im Rahmen des Cotonou-Abkommens beschlossene Einführung von politischen und ökonomischen Konditionen und Sanktionsinstrumenten. Entsprechend hat sich die Bundesregierung bei Cotonou sowohl für die stärkere Konditionalisierung von Hilfeleistungen als auch für die Einführung von strengen Sanktionsinstrumenten ausgesprochen. Zwar wird der Vertragscharakter der Zusammenarbeit hervorgehoben, die Möglichkeit der Suspendierung aber gleichzeitig betont.

In dieser Argumentation wird die Bedeutung der Konditionalisierung in der bundesdeutschen AKP-Debatte deutlich. Nur ein „neues Konzept, das Eigenanstrengung als unerlässliche Voraussetzung für wohlverstandene Solidarität und Partnerschaft definiert, kann langfristig erfolgreich sein“.⁴⁹ Damit wird deutlich, dass von den Geberstaaten Grenzen für ihre Solidarität mit den Entwicklungsländern gezogen werden.⁵⁰ So hat Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul Wert darauf gelegt, „dass unter unserer Verhandlungsführung im Abkommen von Cotonou das Prinzip der verantwortungsvollen Regierungsführung verankert worden ist. Damit wird deutlich, dass in Fällen schwerer Korruption im Land selbst die Möglichkeit der Unterbrechung der finanziellen Hilfe von

Anteil Deutschlands jedoch deutlich verringert (vgl. Tab.3).

⁴⁷ Bezogen auf den 8. EEF wären dies etwa 0,85 Mrd. ECU zusätzlich. Die Bundesregierung begründete dieses Anliegen mit Blick auf die vorhandenen Restmittel aus früheren Fonds, aber auch mit Blick „auf die in Deutschland zu bewältigende Konsolidierung des Bundeshaushalts“ im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung. Vgl. dazu Deutscher Bundestag 2000, Drucksache 14/3396, S. 2.

⁴⁸ Vgl. Deutsche Bundesregierung 1997, Drucksache 13/8628, S. 5ff.

⁴⁹ Vgl. etwa Schüssler, FDP, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/28, 19.03.1999, S. 2338.

⁵⁰ Bulletin der Bundesregierung, 16.10.1991, Nr. 113, S. 893–894. Diese Kriterien werden auch von der SPD mitgetragen: „Die Kriterien Menschenrechte, Demokratie, good governance, Abrüstung, Umwelt usw., also die Forderung an Entwicklungsländer, selbst ihren Staat, ihre Wirtschaft in Ordnung zu halten, teilen wir selbstverständlich, und wir sind auch der Meinung, daß gerade die Schwerpunkte Bildung, Umwelt, Förderung von Frauen, Kampf gegen die Armut, vor allem aber Bekämpfung des schlimmen Bevölkerungswachstums richtig sind. Hier sind wir in einem Boot,“ so Hauchler, SPD, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/208, 03.02.1994, S. 18022.

Seiten der Europäischen Union gegeben ist. Das finde ich gut, weil ich dafür bin, dass in solchen Fällen die entsprechenden Sanktionen vollzogen werden, denn Korruption heißt, die arme Bevölkerung in den betroffenen Ländern zu strafen und ihnen das Geld vorzuenthalten. Deshalb haben wir das verankert und dazu stehen wir auch“.⁵¹

Insgesamt dominiert das Anstrengungsprinzip die deutsche Verhandlungsposition und Debatte in der AKP-Politik, das Bedürftigkeitsprinzip kommt verstärkt in der Debatte zum Tragen. Das Handlungsprinzip der Bindung taucht nur in dem Sinne auf, dass die privilegierten traditionellen Bindungen insbesondere Frankreichs an die AKP-Staaten kritisiert werden. Dies wird deutlich an den Positionen zur Öffnung der AKP-Gruppe für weitere asiatische LDCs sowie an der Befürwortung einer stärkeren Konditionalisierung der AKP-Hilfen im Abkommen von Cotonou. Die privilegierte Behandlung der AKP-Staaten gegenüber den restlichen Entwicklungsländern wird als nicht mehr zu rechtfertigen angesehen. Zwar wird das Bedürftigkeitsprinzip in den Debatten hervorgehoben, aber die statistischen Daten offenbaren den starken Fokus auf *middle income countries*. Ebenso erscheint aus solidarischem Blickwinkel rätselhaft, warum Deutschland trotz nicht vorhandener Bindung an die AKP-Staaten und trotz der geringen Bedeutung des Bindungsprinzips für die deutsche Entwicklungspolitik allgemein dennoch traditionell zu den größten EEF-Einzahlern gehört. Zwar äußerte Deutschland wiederholt das Interesse, seine EEF-Beiträge zu reduzieren, was ihm allerdings auch in den Verhandlungen zum 9. EEF bislang nicht glückte. Im 10. EEF ist es sogar wieder der größte Beitragszahler. Die hohen EEF-Beiträge sowie auch die deutsche AKP-Politik insgesamt müssen wohl im Kontext der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Außen- und Europapolitik interpretiert werden. So wird in der Literatur die Bereitschaft zur Aufgabe eigener Positionen bezüglich der ohnehin wenig engagierten deutschen Afrikapolitik mit deutsch-französischen Kompromissen und einem möglichen Entgegenkommen Frankreichs bei Fragen von höherer Relevanz für die deutsche Außenpolitik in Verbindung gebracht (vgl. Molt 2002: 75f; s. auch Engel 2000).⁵²

⁵¹ Wiczorek-Zeul, SPD, Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/106, 19.05.2000, S. 9939. So wird in den Anträgen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung aufgefordert, die wichtigen Bestandteile des Abkommens (Beachtung der Menschenrechte, demokratische Grundsätze, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Regierungsführung) strikt zu achten, und sollte es erforderlich werden, die im Abkommen vorgesehenen Konsultations- und Sanktionsmöglichkeiten konsequent zu nutzen (Deutscher Bundestag 2000, Drucksache 14/3396, S. 2). Noch strikter ist die Haltung der Fraktion der CDU/CSU. Zwar wird anerkannt, dass sich die rot-grüne Bundesregierung für die Fixierung des Prinzips der verantwortungsvollen Regierungsführung (Good Governance) eingesetzt hat. Gleichzeitig wird kritisiert, dass nur der Sonderfall extremer Korruption der Möglichkeit der Sanktionsverhängung unterworfen ist (Deutscher Bundestag 2000, Drucksache 14/337, S. 2).

⁵² Ashoff bemerkt dazu: „Germany accepted the strong influence of French and British interest on EU’s aid policy (for example, regarding the preferential treatment given to the ACP countries) because of the overriding German commitment to European Unification“, (Ashoff 2005: 290).

4.3. Schweden und die AKP-Politik: Skeptischer Newcomer

Differenzierung und Öffnung der AKP-Staatengruppe: Schweden fokussiert sich in seiner bilateralen Entwicklungszusammenarbeit stark auf Schwarzafrika (diese Staaten sind alle AKP-Staaten und zumeist LDCs), aber unterstützt auch asiatische LDCs, wie Bangladesch oder Afghanistan, in hohem Maße (OECD/DAC 2005: Tab. 32). LDCs hatten 2002/2003 ein Anteil von 54,4 Prozent an schwedischer ODA (zum Vergleich: in UK 40,9%, in Frankreich 39,3% und in Deutschland 29,9%). Schweden unterhält mit einzelnen ostafrikanischen AKP-Staaten, wie Äthiopien, Tansania und Mosambik, bereits eine langjährige und intensive Entwicklungspartnerschaft, die sich auch in der gegenwärtigen geographischen Allokation bilateraler Entwicklungshilfe widerspiegelt (OECD/DAC 2005: Tab.32). Mit der AKP-Gruppe als Ganzes bestehen jedoch keine historisch motivierten engen kulturellen oder wirtschaftlichen Bindungen (Arnórsson 1999: 92). Daher ist die europäische AKP-Politik auch kein „*priority issue*“ schwedischer Außen- und Entwicklungspolitik: „ACP as a group and ACP issues are not a focus. I mean it is a means. We appreciate the development cooperation with Africa, ACP policy is a means to do something for Africa. But we do more in our bilateral aid with Africa.“ (Interview, Außenministerium Stockholm, 06.02.07). Schweden, das erst 1995 der EU beigetreten ist, kann als „skeptischer Newcomer“ bezeichnet werden, der letztendlich „unfreiwillig“ auch an der AKP-Politik teilnimmt. Letztere widerspricht durch die Dominanz von historischen, kolonialen Bindungen den traditionellen Leitlinien schwedischer Entwicklungspolitik, die Empfänger eher nach dem Kriterium der Bedürftigkeit auswählt: „Our primary goal and the key issue of our development policy is to help poor people in developing countries“ (Interview, Außenministerium Stockholm, 30.01.07).

In den Verhandlungen zur Ausgestaltung des Lomé-Nachfolgeabkommens sprach sich die schwedische Regierung für die Öffnung der AKP-Gruppe sowie für die stärkere Berücksichtigung des Entwicklungsstands von Nehmerländern bei der Bemessung von finanziellen Zuwendungen aus: „We wish the separate system of preferences for the ACP countries to be discontinued. Sweden is a powerful driving force for offering all the least developed countries exemption from duty on all goods“ (vgl. Government Communication 1997/98: 122: 69). Schweden setzt sich für die Inklusion aller LDCs in die EU-AKP-Sonderbeziehung und somit für die Öffnung der AKP-Staatengruppe ein: „The ACP countries are a heterogenous group, bound together by the Lomé Convention. In Sweden's view, there is reason to consider other geographical solutions than the present ACP group. [...] Sweden believes that there should be differentiation within the framework of regional partnership, so that the focus of cooperation offered to each country reflects income and other criteria“ (Ministry of Foreign Affairs 1997). Diese Position wird auch von Parlamentariern in Debatten zur schwedischen AKP-Politik unterstrichen. So kritisiert Bertil Persson (*Moderata sam-*

lingspartiet) die EU-AKP-Politik als Versuch der Anbindung von ehemaligen Kolonien, die im Ergebnis auch häufig negative Folgen für die Entwicklung der AKP-Staaten habe.⁵³

Finanzielle Ausstattung des EEF: Schweden zählt zu den weltweiten Spitzenreitern, was die Ausgaben für ODA im Verhältnis zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt angeht und hebt sich darin auch deutlich von Frankreich und Deutschland ab.⁵⁴ Im Vergleich dazu sind die schwedischen Einzahlungen in den EEF gering. Schweden steuerte zum 9. EEF nur 377 Mio. € bei (Frankreich dagegen 3353 Mio. €, Deutschland 3224 Mio. €), was mit einem Anteil von 2,73 Prozent in etwa dem schwedischen Anteil am EU-Haushalt entspricht. Die „stiefmütterliche“ Behandlung des EEF wird von schwedischer Seite primär mit der Ineffizienz dieses Finanzierungsinstrumentes begründet. „I am just speculating but possibly the discussion on the effectiveness of the aid programs could have influenced the decision to increase the level in the EDF“ (Interview Außenministerium Stockholm, 30.01.2007; s. auch Interviews in Sida, Stockholm am 02.02.07 und 08.02.07). Die schwedische Regierung kritisierte v.a. die Bürokratie und Undurchsichtigkeit der Kommission, die den rechtzeitigen Abfluss von Geldern häufig behindert habe. Im Kontext der Verhandlungen zum 9. EEF setzte sich die schwedische Regierung daher für die Überführung des EEF in den EU-Gesamthaushalt ein. Durch diese Budgetisierung würde der EEF unter die Kontrolle des Europäischen Parlamentes fallen. Darüber hinaus würde auch nicht mehr zwischen EEF-Hilfen und anderen EG-Hilfen unterschieden und alle Entwicklungsländer könnten von EU-Hilfen profitieren. „The exclusion of some Asian LDCs from the ACP policy is one reason why we wanted to budgetize the EDF and to get the same policy for all countries. [...] It's kind of strange that we have one thinking for ACP and one for all the others. We are not very fond of that separation“ (Interview, Außenministerium Stockholm 06.02.07).

Politischer Dialog und Konditionalität: In seiner bilateralen Entwicklungszusammenarbeit bindet Schweden bereits seit den 1990ern entwicklungspolitische Leistungen an die Erfüllung bestimmter Bedingungen, v.a. an „good governance“ Faktoren (Elgström 1999: 135ff). Die schwedische Regierung hat in einigen Fällen aufgrund der Nicht-Erfüllung dieser Faktoren die offizielle Entwicklungszusammenarbeit beendet, z.B. mit Simbabwe (2001), Eritrea (2001) oder Guinea-Bissau (1999). In diesen Staaten wird schwedische Entwicklungshilfe nur noch über internationale oder lokale NGOs oder multilaterale Kanäle transferiert (Sida o.D.: 5-7).

Im Kontext der Verhandlungen des Lomé-Nachfolgeabkommens hat sich die schwedische

⁵³ „Man har i vårt tycke inriktat sig alldeles för mycket på de gamla koloniländerna med deras kopplingar till EU-länder. EU har också länge varit en propp för dessa länders marknadstillträden.“ („Man hat sich unserer Ansicht nach zu sehr auf die alten Kolonien mit ihren Verbindungen zu den EU-Staaten konzentriert. Die EU war auch lange ein Hindernis für den Marktzugang dieser Länder“) (Rede von Bertil Persson am 31.10.2001, Riksdagens snabbprotokoll 2001/02:21)

⁵⁴ So hatte Schweden in den Jahren 2002/2003 einen ODA Anteil am BIP von 0,82% (zum Vergleich: UK 0,33%, Frankreich: 0,40% und Deutschland 0,28%) (OECD/DAC 2005: Tab.32).

Regierung für die Einführung von politischen Konditionen ausgesprochen. So betonte sie in ihrer Reaktion zum Grünbuch der Kommission 1997: „Conditionality is often discussed in the context of partnership. The Swedish view is that both 'need' and 'merit' shall guide the allocation of resources. [...] Considerations must be given to special constraints in the countries. The poorest and most needy countries e.g. often have limited capacity to undertake necessary reforms“ (Ministry of Foreign Affairs 1997: 3). Im Falle des Verstoßes gegen vereinbarte Bedingungen seitens der AKP-Staaten soll zunächst ein politischer Dialog geführt werden, unter Umständen kann es danach aber zur Einstellung von Hilfszahlungen kommen: „What we have trying to argue from the Swedish side is, and I guess most EU member states would agree with this, that the political dialogue is a natural component of any kind of bilateral agreement. It would be strange to conclude an agreement and then say we should not talk about things that are in this agreement. Rather the most natural way to go is of course to say we should talk about issues that are of common interest to us“ (Interview, Außenministerium Stockholm, 30.01.07). Die schwedische Regierung betont die Bedeutung von „ownership“ in der AKP-Politik. Dies meint, dass der Empfänger den geplanten Entwicklungsmaßnahmen des Gebers zustimmen muss und ebenfalls Verantwortung für die erfolgreiche Umsetzung von Entwicklungsprojekten trägt (vgl. Klingvall 2001: 2, Elgström 1999: 136/37).

Insgesamt dominiert das Bedürftigkeitsprinzip die schwedische Debatte über die AKP-Politik. Schweden spricht sich deutlich für die stärkere Ausrichtung europäischer AKP-Politik an Bedürftigkeitskriterien aus und plädiert für eine Öffnung der AKP-Staatengruppe. Das Anstrengungsprinzip findet sich zwar ebenfalls in den schwedischen Positionen zum EEF und zur Konditionalisierung der AKP-Politik, wird im Allgemeinen aber dem Bedürftigkeitsprinzip untergeordnet und somit teilweise abgeschwächt. Dies wird insbesondere in der schwedischen Debatte zur Konditionalisierung von AKP-Hilfen deutlich. Hier wird klar betont, dass die Angemessenheit von politischen Forderungen, die an gewisse Nehmerstaaten gestellt werden, immer auch mit Rücksicht auf deren Entwicklungsstand bewertet werden muss. Das historische Bindungsprinzip spielt in der schwedischen Debatte keine prominente Rolle. Lediglich einigen ostafrikanischen Staaten, wie Äthiopien, Tansania und Mosambik, fühlt sich Schweden aufgrund einer jahrzehntenlangen, engen entwicklungspolitischen Partnerschaft verbunden. Dies hat aber keine Auswirkungen auf die schwedischen Positionen zur europäischen AKP-Politik, sondern spiegelt sich eher in der geographischen und finanziellen Allokation der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Schwedens wider.

5. Fazit

Die Analyse der französischen, deutschen und schwedischen AKP-Präferenzen hat gezeigt, dass die solidarischen Handlungsprinzipien der Bindung, Bedürftigkeit und Eigenanstrengung auf unter-

schiedliche Weise in den Ländern zum Tragen kommen. Während in Frankreich das Prinzip der Bindung bestimmend für den Stellenwert der Handlungsprinzipien der Bedürftigkeit und der Anstrengung, dominiert in Schweden das Bedürftigkeitsprinzip und ist entscheidend für den Einfluss der anderen Prinzipien. Darüber hinaus wird die unterschiedliche Konnotation des Bindungsprinzips in unseren Untersuchungsstaaten deutlich. Im Falle der französischen AKP-Politik speist sich das Bindungsprinzip aus der positiv verstandenen, engen historischen Verbundenheit und Zugehörigkeit der AKP-Staaten zur Frankophonie. Im deutschen und schwedischen Fall werden die privilegierten Beziehungen der EU zu den AKP-Staaten hingegen negativ konstruiert, wie die Metaphern „koloniale Erblasten“ oder „Hypothek“ in der Debatte zeigen. Während wir die französische und schwedische Positionen in den Verhandlungen zum Folgeabkommen von Lomé solidaritätstheoretisch nachvollziehen können, beinhaltet das deutsche Fallbeispiel einige Widersprüche, die sich aus solidaritätssoziologischer Perspektive nicht so einfach „aus dem Wege räumen lassen“. Ein Widerspruch zwischen der großen Bedeutung des Bedürftigkeitsprinzips in den Bundestagsdebatten auf der einen Seite und dem Fokus deutscher Entwicklungszusammenarbeit insgesamt auf *middle income countries*. Darüber hinaus kann solidarisch nicht befriedigend erklärt werden, warum Deutschland, welches über keine besonderen Bindungen zur AKP-Gruppe verfügt und dieser „kolonialen Politik“ bisweilen sogar sehr kritisch gegenüber steht, traditionell einen bemerkenswert hohen Anteil am EEF aufbringt. Zum vollständigen Verständnis deutscher AKP-Politik müssen wir die Sonderbeziehung zu Frankreich und die Neigung deutscher Außenpolitik, zugunsten deutsch-französischer Kompromisse eigene Positionen zu modifizieren oder so genannte *Package Deals* zu vereinbaren, berücksichtigen (einschlägig hierzu Engel 2000).

Das Engagement unserer Untersuchungsstaaten in der Südpolitik der EU macht deutlich, dass Solidarität nicht an nationalstaatlichen Grenzen endet. Vielmehr ist es ein Merkmal entwickelter Wohlfahrtsdemokratien, dass in der Außenpolitik die Interessen der anderen Staaten in unterschiedlichem Maße berücksichtigt werden, was an den abweichenden Positionen Frankreichs, Deutschlands und Schwedens in einer zentralen Debatte europäischer Außenbeziehungen deutlich wird. Solidarität ist in substantieller wie in sozialer und zeitlicher Hinsicht eine begrenzte Ressource. Die Grenzen der Solidarität ergeben sich letztlich aus dem Verhältnis von Fremdheit und Armut. Verbundenheit führt zu solidarischer Nähe, die sich in Unterstützung ausdrückt. Durch Solidaritätsbeziehungen werden also bestimmte Staaten in einen Hilfskontext inkludiert, während anderen Staaten Hilfe verwehrt wird. Solidarität ist damit nicht immer zwangsläufig Ausdruck nobler Gesinnung, was sich in dem partikulären Gemeinschaftscharakter solidarischer Beziehungen zeigt. Aufgrund besonderer Formen von Verbundenheit und wechselseitiger Verpflichtung werden in unserem Fall die einen Staaten in den „EU-AKP-Solidaritätszusammenhang“ inkludiert, während andere Staaten hiervor ausgeschlossen werden. „Solidarity and exclusion, then, are two side of the same

coin” (Komter 2005: 136).

Tab. 3: EEF und Beiträge ausgewählter Mitgliedstaaten

		EEF 1 - Vertrag von Rom - 1959	EEF 2 - Yaunde I - 1963	EEF 4 - Lomé I - 1975-1980	EEF 7 - Lomé IV - 1990-1995	EEF 8 - Lomé V - 1995-2000	EEF 9 - Cotonou - 2000-2007	EEF 10 - Cononou - 2008-2013
EEF Gesamt (Mio)		569,40 €	666,00 €	3.053,30 €	10.940,00 €	12.840,00 €	13.801,00 €	22.682,00 €
EIB-Kreditvolumen			64,00 €	390,00 €	1.200,00 €	1.658,00 €	1.700,00 €	2.000,00 €
D	Beiträge (Mio.)	200 RE	246,5 RE	817, 42 RE	2.840,00 €	3.000,00 €	3.223,68 €	4.649,81 €
	Anteil EEF (%)	43,41%	33,75%	25,95%	25,97%	23,40%	23,36%	20,50%
F	Beiträge (Mio.)	200 RE	246,5 RE	817,42 RE	2.666,00 €	3.120,00 €	3.353,40 €	4.434,33 €
	Anteil EEF (%)	43,41%	33,75%	25,95%	24,37%	24,30%	24,30%	19,55%
GB	Beiträge (Mio.)			589,05 RE	1.791,00 €	1.630,00 €	1.751,22 €	3.361,47 €
	Anteil EEF (%)			18,70%	16,37%	12,70%	12,50%	14,82%
S	Beiträge (Mio.)					350,00 €	376,74 €	621,49 €
	Anteil EEF (%)					2,73%	2,73%	2,74%

Quelle: Europäische Kommission, Streichert 2005.

Anm.: Eine RE entsprach bei der Umstellung auf ECU 1979 etwa 1,208953 ECU, 1 ECU entspricht einem €.

Tabelle 4: ODA ausgewählter EU-Mitgliedstaaten

	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Schweden
insgesamt				
ODA 1987-88 Mio USD	4561	5356	2258	1454
ODA/BIP 1987-88	0,39%	0,59%	0,30%	0,87%
ODA 1992-93 Mio USD	7269	8093	3082	2114
ODA/BIP 1992-93	0,36%	0,63%	0,31%	1,01%
ODA 2002-03 Mio USD	6054	6360	5603	2206
ODA/BIP 2002-03	0,28%	0,40%	0,33%	0,82%
nach Ländergruppen				
Afrika südl. d. Sahara 1982-83 %	30,8	51,7	39,9	54,4
Afrika südl. d. Sahara 1992-93 %	24,7	55	45,4	49,6
Afrika südl. d. Sahara 2002-03 %	34,7	59,1	43,4	50,8
LDCs 1982-83 %	31,2	33,4	34,1	52,6
LDCs 1992-93 %	21,9	30,3	38,5	45,2
LDCs 2002-2003 %	29,9	39,3	40,9	54,4
Other LICs 1982-83 %	23,5	19,1	34,6	34,5
Other LICs 1992-93 %	22,2	26,4	31,6	23,5
Other LICs 2002-03 %	23,9	27,4	31,1	15,9
LMICs 1982-83 %	30,8	17,7	16,6	8,9
LMICs 1992-93 %	46,4	22,9	20,2	26,7
LMICs 2002-03 %	42	24,5	24,6	28,3
UMICs 1982-83 %	8,1	10,2	12,6	4
UMICs 1992-93 %	4,9	7,4	9,1	4,6
UMICs 2002-03 %	4,2	8,8	3,5	1,5

Quelle: OECD/DAC 2005: Development Cooperation Report, Tabellen 4, 32.

6. Literatur

- Adloff, Frank/Mau, Steffen 2005: Zur Theorie der Gabe und Reziprozität, in: Dies. (Hrsg.): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität, Frankfurt a. M.: Campus, 9-57.
- Alesina, Alberto/Dollar, David 2000: Who Gives Foreign Aid to Whom and Why? in: *Journal of Economic Growth* 5, 33-63.
- Allen, Tim 2002: Der Handel zwischen EU und den AKP-Staaten. Außenhalden, Thema 6-3/2002. Luxemburg: Europäische Gemeinschaften
- Anderson, Benedict 1983: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Arnórsson, Audunn 1999: The Nordic Contribution to the Development Cooperation of the European Union, in: Cosgrove-Sacks, Carol (Hrsg.): *The European Union and Developing Countries. The challenges of Globalization*, London: Macmillan, 91-105.
- Ashoff, Guido 2005: Germany's Development Co-operation Policy since the Early 1990s: Increased Conceptual Ambitions in Times of Severe Financial Constraint, in: Hoebink, Paul/Stokke, Olav (Hrsg.): *European Development Co-operation. Policy and performance of individual donor countries and the EU*. London/New York: Routledge, 267-302.
- Babarinde, Olufemi/Faber, Gerrit 2004: From Lomé to Cotonou: Business as Usual? in: *European Foreign Affairs Review* 9, 27-47.
- Bayertz, Kurt 1998: Begriff und Problem der Solidarität, in: Bayertz, Kurt: *Solidarität. Begriff und Problem*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 11-53.
- Beck, Daniel/Conzelmann, Thomas 2004: Zwischen Sanktionierung und Dialog: Die Durchsetzung von Good Governance in der Entwicklungspartnerschaft von EU und AKP, in: Pappi, Franz U./Riedel, Eibe/Thurner, Paul W./Vaubel, Roland (Hg): *Institutionalisierung internationaler Verhandlungen*. Frankfurt a.M. 2004, S. 321-352.
- Beckert, Jens/Eckert, Julia/Kohli, Martin/Streeck, Wolfgang (Hrsg.) 2005a: *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Beckert, Jens/Eckert, Julia/Kohli, Martin/Streeck, Wolfgang 2005b: Einleitung, in: Beckert/Eckert/Kohli/Streeck (Hrsg.), 9-14.
- Berger, Johannes 2004: Expandierende Märkte, schrumpfende Solidarität? Anmerkungen zu einer Debatte, in: Beckert/Eckert/Kohli/Streeck (Hrsg.), 246-261.
- Bergman, Annika 2007: Co-Constitution of Domestic and International Welfare Obligations: The Case of Sweden's Social Democratically Inspired Internationalism, in: *Cooperation and Conflict* 42: 1, 73-99.
- Boekle, Henning [u.a.]: Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 11 (2001) 1, S. 71-103.
- Bretherton, Charlotte/Vogler, John 2006: *The European Union as a Global Actor*, 2. Auflage. London: Routledge, 115-24
- Breuning, Marijke 1995: World and Deeds. Foreign Assistance Rhetoric and Policy Behavior in the Netherlands, Belgium, and the United Kingdom, in: *International Studies Association* 39, 235-254.
- Brüne, Stefan 1995: *Die französische Afrikapolitik. Hegemonialinteressen und Entwicklungsanspruch*. Baden-Baden: Nomos.
- Brüne, Stefan 2000: Die EU als Nord-Süd Akteur. Abschied von Lomé?, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela/Schubert, Klaus (Hrsg.): *Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik*. Opladen: Leske und Budrich, 205-218.
- Brunkhorst, Hauke 1997: *Solidarität unter Fremden*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Brunkhorst, Hauke 2001: Globale Solidarität. Inklusionsprobleme der modernen Gesellschaft, in: Lutz Wingert/Günther, Klaus: *Die Öffentlichkeit der Vernunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 605-626.
- Brunkhorst, Hauke 2002: *Solidarität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Brysk, Alison/Parsons, Craig/Sandholtz, Wayne 2002: After Empire: National Identities and Post-Colonial Families of Nations, in: *European Journal of International Relations* 8: 2, 267-305.

- Caillé, Alain 1994: Don, intérêt et désintéressement. Bourdieu, Mauss, Platon et quelques autres. Paris: La Découverte.
- Conzelmann, Thomas 2003: Auf der Suche nach einem Phänomen: Was bedeutet Good Governance in der europäischen Entwicklungspolitik?, in: Nord-Süd-aktuell 17: 3, 468-477.
- Crawford, Gordon 2000: European Union Development Co-operation and the Promotion of Democracy, in: Burnell, Peter (Hrsg.): Democracy Assistance. International Co-operation for Democracy. London: Routledge.
- Cumming, Gordon 1995: Aid to Africa, Aldershot: Ashgate.
- Dialer, Doris 2007: Die EU-Entwicklungspolitik im Brennpunkt. Eine Analyse der politischen Dimension des Cotonou-Abkommens. Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel.
- Durkheim, Emile 1992 [1893]: Über soziale Arbeitsteilung. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Ecker-Ehrhardt, Matthias 2002: Alles nur Rhetorik? Der ideelle Vorder- und Hintergrund der deutschen Debatte über die EU-Osterweiterung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 9: 2, 209-252.
- Eeckhout, Piet 2004: External Relations of the European Union. Legal and Constitutional Foundations, Oxford: Oxford UP. Elgström 1999: 135ff
- Elgström, Ole 2005: The Cotonou Agreement. Asymmetric Negotiations and the Impact of Norms, in: Elgström, Ole/Smith, Michael (Hrsg.): European Union Negotiations. London/New York, 183-199.
- Engel, Ulf 2000, Die Afrikapolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999: Rollen und Identitäten. Hamburg: Lit-Verlag.
- Engel, Ulf/Kappel, Robert (Hrsg.) 2002: Germany's Africa policy Revisited. Interests, Images and Incrementalism. Münster: LIT-Verlag.
- Europäische Kommission 1997: Grünbuch über die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten an der Schwelle zum 21. Jh. Herausforderungen und Optionen für eine neue Partnerschaft. Luxemburg.
- Europäische Kommission 2000: Mitteilungen der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft. KOM (2000) 212 endgültig, Brüssel, den 26.4.2000.
- Europäische Kommission 2003: Außen- und Intrahandel der EU. Statistisches Jahrbuch. Daten 1958-2003. Luxemburg.
- European Research Office 2007: Major Trends in EDF Aid Allocation 1975-2000. Background to the 9th EDF reallocations and 10th EDF Programming. Briefing February 2007, ero.at10.be/content/documents/edf_aid-05/pdf/MAJOR_TRENDS_EDF_%2075-05.pdf [19.9.07].
- Ewald, François 1993: Der Vorsorgestaat. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Finnemore, Martha: National Interests in International Society. Ithaca 1996
- Folz, Rachel/Musekamp, Simon/Schieder, Siegfried 2005: Entwicklungspolitik unter fremden Freunden? Das solidarische Handeln der EU-Staaten Frankreich und Schweden gegenüber den AKP-Staaten. Beitrag für die DVPW-Sektionstagung in Mannheim, 6.-8. Oktober 2005.
- Forwood, Genevra 2001: The road to Cotonou negotiating a successor to Lomé, in: Journal of Common Market Studies 39: 3, 423-442.
- Gabas, Jean-Jacques 2005: French Development Co-operation, in: Hoebink, Paul/Stokke, Olav (Hrsg.): European Development Co-operation. Policy and performance of individual donor countries and the EU. London/New York: Routledge, 241-266.
- Government Communication 1997/98: 122: Africa on the Move. Revitalising Swedish Policy towards Africa for the 21st Century, Stockholm, 05.03.1998.
- Grilli, Enzo R. 1994: The European Community and the Developing Countries. Cambridge: CUP.
- Grimm, Sven 2003: Die Afrikapolitik der Europäischen Union. Europas Rolle in einer randständigen Region. Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde, Bd. 72. Hamburg: Institut für Asienkunde.
- Guzzini, Stefano/Leander, Anna (Hrsg.) 2006: Constructivism and International Relations. Alexander Wendt and his critics. London: Routledge.
- Hasenclever, Andreas 2001: Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina. Frankfurt a. M.: Campus.
- Hasenclever, Andreas 2001: Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina. Frankfurt a. M.: Campus.
- Hattori, Tomohisa 2001: Reconceptualizing Foreign Aid, in: Review of International Political Economy 8: 4, 633-660.
- Hattori, Tomohisa 2003: The moral politics of foreign aid, in: Review of International Studies 29, 229-247.

- Hazelzet, Hadewych 2005: Suspension of Development Cooperation: An Instrument to Promote Human Rights and Democracy? ECDPM Discussion Paper 64. Maastricht: ECDPM.
- Hinrichs, Karl 2003: Bounded Solidarity: The Demand for and the Presence of Solidaristic Motivations in the Welfare State. Paper prepared for the International Sociological Association, Toronto, 21-24 August 2003.
- Hoebink 2004: 29
- Holland, Martin 2002: When is Foreign Policy not Foreign Policy? Cotonou, CFSP and External Relations with the Developing. Paper presented to conference on The European Union in International Affairs, National Europe Centre, Australian National University, 3-4 July, 2002. National Europe Centre Paper No. 28.
- Hook, Steven W. 1995: National Interest and Foreign Aid. Boulder, CO.: Lynne Rienner.
- Jepperson, Ronald L. [u.a.]: Norms, Identity, and Culture in National Security. In: Katzenstein, Peter J. (Hg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics. Columbia, NY 1996, S. 33–75
- Jileva, Elena 2004: Do norms matter? The principle of solidarity and the EU's eastern enlargement, in: Journal of International Relations and Development 7: 1, 3-23.
- Karagiannis, Nathalie 2005: Die Gabe der Entwicklung, in: Adloff, Frank/Mau, Steffen (Hrsg.), 277-296.
- Kaufmann, Franz-Xaver 2002: Sozialpolitik zwischen Gemeinwohl und Solidarität, in: Münk-ler, Herfried/Fischer, Karsten (Hrsg.): Forschungsberichte der interdisziplinären Arbeits-gruppe Gemeinwohl und Gemeinsinn der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wis-senschaften, Bd. 2. Berlin: Akademie-Verlag, 19-54.
- Kesselring, Thomas 2007, Entwicklungspolitik und internationale Gerechtigkeit: Begründungs- und Rechtfertigungsmodelle internationaler Entwicklungshilfe, Beitrag für die Tagung "Solidarität und Gemeinschaftsbildung in den internationalen Beziehungen", Trier 25.-27.09.2007.
- Kittel, Gabriele/Rittberger, Volker/Schimmelfennig, Frank 1995: Staatenmerkmale und Außenpolitik: Untersuchungsdesign und Hypothesen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): Anpassung oder Austritt: Industriestaaten in der UNESCO-Krise. Ein Beitrag zur vergleichenden Außenpolitikforschung. Berlin: Sigma, 53-82.
- Komter, E. Afke 2005: Social Solidarity and the Gift, Cambridge: Cambridge UP.
- Lessenich, Stephan/Mau, Steffen 2005: Reziprozität im Wohlfahrtsstaat, in: Adloff, Frank/Mau, Steffen (Hrsg.), 257-276.
- Levi, Margaret 1991: Are There Limits to Rationality? Archives Européennes de Sociologie 32: 1, 130-141.
- Liska, George 1960: The New Statecraft: Foreign Aid in American Foreign Policy. Chicago: Chicago UP.
- Lister, Marjorie 1997: The European Union and the South. Relations with developing countries. London: Routledge.
- Löhr, Johanna 2003: Die französische Afrikapolitik. Zwischen Kontinuität und Wandel. Magisterarbeiter: Universität Trier.
- Lumsdaine, David H. 1993: Moral Vision in International Politics: The Foreign Aid Regime, 1949-89. Princeton, NJ: Princeton UP.
- Mair, Stefan 2005: Partnerschaft mit Afrika. Berlin. SWP.
- Marshall, H. Thomas 1992 [1949]: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, hrsg. von E. Rieger, Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Mau, Steffen 2003: The Moral Economy of Welfare States. Britain and Germany Compared. London/New York: Routledge.
- Mau, Steffen 2005: Leerstelle europäische Solidarität? In: Berger, Johannes (Hrsg.): Zerreißt das soziale Band? Beiträge zu einer aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte. Mannheimer Jahrbuch für Europäische Sozialwissenschaften, Bd. 9. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 245-272.
- Mauss, Marcel 1990 [1923/24]: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mayer, Peter 2003: Der Moralpessimismus in den Internationalen Beziehungen und die Theorie internationaler Regime, in: Willems, Ulrich (Hrsg.): Interesse und Moral als Orientierungen politischen Handelns. Baden-Baden: Nomos, 261-292.
- McKinlay, R. D./Little, R. 1979: The US Aid Relationship: A Test of the Recipient Need and the Donor Interest Models, in: Political Studies 27: 2, 236-250.
- Mehler, Andreas 1999: Neue Regeln, altes Spiel. Warum man die Reform der französischen Afrikapolitik näher betrachten sollte, in: E+Z 40: 12, 339-341.

- Milner, Helen V./ Keohane, Robert O. 1996: Internationalization and Domestic Politics: An Introduction, in: Helen V. Milner/Robert O. Keohane (Hrsg.): Internationalization and Domestic Politics. Cambridge: Cambridge UP, 3-24.
- Ministry for Foreign Affairs 1997, Preliminary Swedish views on future relations between the EU and ACP countries, Stockholm, 26.09.1997.
- Molt, Peter 2002: Africa - A Political Challenge for Europe, in: Engel, Ulf/Kappel, Robert (Hrsg.): Germany's Africa policy Revisited. Interests, Images and Incrementalism. Münster: LIT-Verlag, 63-78.
- Moravcsik, Andrew 1993: Preferences and Power in the European Community: A Liberal Intergovernmental Approach, in: Journal of Common Market Studies 31: 4, 473-524.
- Moravcsik, Andrew 1997: Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51: 4, 513-553.
- Morgenthau, Hans 1962: A Political Theory of Foreign Aid, in: American Political Science Review 56, 301-309.
- Noël, Alain/Thérien, Jean-Philippe 1995: From domestic to international justice: the welfare state and foreign aid, in: International Organization 49: 3, 523-553.
- Nullmeier, Frank 2003: Das Politische in der Sozialpolitik. Interessenskalküle und Solidaritäten in der Krise des Sozialstaates, in: Ulrich Willems (Hrsg.): Interesse und Moral als Orientierungen politischen Handelns. Baden-Baden: Nomos, 231-247.
- Nuscheler, Franz 2005: Entwicklungspolitik. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Nussbaum, Martha C./Sen, Amartya (Hrsg.) 1993: The Quality of Life. New York: Oxford UP.
- OECD 2005c: Germany. DAC Peer Review: Main Findings and Recommendations http://www.oecd.org/document/33/0,2340,fr_2649_34603_35878945_1_1_1_1,00.html [20.04.06].
- OECD/DAC 2005: Efforts and Policies of the Members of the Development Assistance Committee, (Development Cooperation Report 2004, 6:1), Paris: OECD.
- Offe, Claus 1996: Democracy Against the Welfare State? in: Ders.: Modernity and the State: East, West. Cambridge: Polity Press, 147-182.
- Offe, Claus 2004: Pflichten versus Kosten. Typen und Kontexte solidarischen Handelns, in: Beckert/Eckert/Kohli/Streeck (Hrsg.), 35-50.
- Olesen, Thomas/Rosenau, James N. 2005: The Reduction of Distance and the Construction of Proximity: Solidarity Movements and Globalization. Paper presented at 46th Annual ISA Convention, March 1-5, 2005, Honolulu, Hawaii, USA.
- Olsen, Gorm R. 2005: The European Union's Development policy: Shifting Priorities in a Rapidly Changing World, in: Hoebink, Paul/Stokke, Olav (Hrsg.): European Development Co-operation. Policy and performance of individual donor countries and the EU. London/New York: Routledge, 573-608.
- Oorschot, W.J.H. van 2000: Rethinking Welfare. Who should get what, and why. On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public, in: Policy and Politics: Studies of local government and its services 28: 1, 33-48.
- Pilegaard, Jess 2003: Relations between trade, development policy, and the CFSP: Analysing incoherence in the EU external policies. Working paper prepared for the FORNET Seminar, London School of Economics, 7th-8th November 2003.
- Pippan, Christian 2002: Die Förderung der Menschenrechte und der Demokratie als Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft. Frankfurt a. M.: Peter Lang Verlag.
- Posthumus, Bram 1998: Beyond Lomé IV: Preliminary Views of European Governments on Future EU-ACP Relations, ECDPM Working Paper, Nr. 53. Maastricht: ECDPM.
- Pratt, Cranford (Hrsg.) 1989: Internationalism Under Strain: The North-South Policies of Canada, the Netherlands, Norway, and Sweden. Toronto: Toronto UP.
- Radtke, Katrin 2007, Ein Trend zu transnationaler Solidarität? Die Entwicklung des Spendenaufkommens in der Katastrophen- und Entwicklungshilfe, Beitrag für die Tagung "Solidarität und Gemeinschaftsbildung in den internationalen Beziehungen", Trier 25.-27.09.2007.
- Ravenhill, John 1985: Collective clientelism : the Lomé Conventions and North-South relations. New York: Columbia UP.
- Renan, Ernest 1882 (1995): Was ist eine Nation? In: Ders.: Was ist eine Nation? Und anderer Schriften. Wien/ Bozen: Folio, 41-58.

- Reus-Smit, Christian 1999: *The Moral Purpose of the State. Cultural, Social Identity, and Institutional Rationality in International Relations*. Princeton: Princeton UP.
- Richter, Luise: deutsche Interessen in Afrika? Langfristiges Engagement auf den `Kontinent der Potenziale´ in: *KAS-Auslandsinformationen* 8/2005, 38-57.
- Riddell, Roger C. 1987: *Foreign Aid Reconsidered*. London/Baltimore: Johns Hopkins UP, with the Overseas Development Institute.
- Risse, Thomas 2003: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen. Warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 99-132.
- Risse-Kappen, Thomas 1995: Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2: 1, 171-184.
- Rothstein, Bo 1998: *Just Institutions Matter. The Moral and Political Logic of the Universal Welfare State*. Cambridge UP.
- Rothstein, Bo 2002: The Universal Welfare State as a Social Dilemma, in: Rothenstein, Bo/Steinmo, Sven (Hrsg.): *Restructuring the Welfare State: Political Institutions and Policy Change*. New York, NJ: Palgrave, 206-222.
- Sahlins, Marshall 1972: The Spirit of the Gift, in: Ders.: *Stone Age Economics*. Chicago: Aldine, 149-183.
- Schieder, Siegfried 2005: Solidarität, Wohlfahrtsstaatlichkeit und AKP-Entwicklungs-politik. Versuch der Grundlegung eines solidaritätssoziologischen Ansatzes in den Internationalen Beziehungen. *Trierer Arbeitspapier* 1/2005. Manuskript.
- Schieder, Siegfried/Gabriel, Johannes 2007: Kann der Neorealismus die EU-AKP-Partnerschaft erklären? Manuskript, Trier.
- Schimmelfennig, Frank 1997: Rhetorisches Handeln in der internationalen Politik, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4, 2, (1997), S. 219-254.
- Schimmelfennig, Frank 2006: Competition and Community: Constitutional Courts, Rhetorical Action, and the Institutionalization of Human Rights in the European Union, in: *Journal of European Public Policy* 13: 8, 1247-1264.
- Schlichte, Klaus 1998: La Françafrique – Postkolonialer Habitus und Klientelismus in der französischen Afrikapolitik, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5: 2, 309-343.
- Schmidt, Siegmund 2002: Aktuelle Aspekte der EU- Entwicklungspolitik. Aufbruch zu neuen Ufern?, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B19-20, 29-38.
- Schmitz, Andrea 2006: *Konditionalität in der Entwicklungspolitik*. Berlin: SWP.
- Schrade, Christina 1997: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4: 2, 255-294.
- Schraeder, Peter J./Hook, Steven W./Taylor, Bruce 1998: Clarifying the Foreign Aid Puzzle. A Comparison of American, Japanese, French and Swedish Aid Flows, in: *World Politics* 50, 294-323.
- Shue, Henry 1996: *Basic Rights: Subsistence, Affluence and US Foreign Policy*, 2. Aufl. Princeton, NJ: Princeton UP.
- Sida o.D.: Donor review of exit principles and practice. Sweden <http://www.sida.se/shared/jsp/download.jsp?f=Sweden.pdf&a=4560> [25.01.2006].
- Simmel, Georg 1992 [1908]: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Smith, Karen E./Light, Margot (Hrsg.) 2001: *Ethics and Foreign Policy*. Cambridge: CUP.
- Steffek, Jens 2004: Gerechtigkeit zwischen Staaten: eine empirische Spurensuche, in: Stefan Liebig/ Holger Lengfeld/ Steffen Mau (Hrsg.), *Wer soll was bekommen? Verteilungsprobleme moderner Gesellschaften*. Frankfurt a. M.: Campus, 361-386.
- Stevens, Christopher 2000: The EU-ACP Relationship after Lomé, in: Dijck, Pitou van/Faber, Gerrit (Hrsg.): *The External Economic Dimension of the European Union*. The Hague/London/Boston: Kluwer, 223-243.
- Stjernø, Steinar 2005: *Solidarity in Europe. The History of an Idea*. Cambridge: CUP.
- Stokke, Olav (Hrsg.) 1989: *Western Middle Powers and Global Poverty : the Determinants of the Aid Policies of Canada, Denmark, the Netherlands, Norway and Sweden*. Uppsala: Scandinavian Institute of African Studies in cooperation with the Norwegian Institute of International Affairs.

- Stokke, Olav 2005: The Changing International and Conceptual Environments of Development Co-operation, in: Hoebink, Paul/Stokke, Olav (Hrsg.): European Development Co-operation. Policy and performance of individual donor countries and the EU. London/New York: Routledge, 32-112.
- Streeck, Wolfgang 2001: Wohlfahrtsstaat und Markt als moralische Einrichtung: Ein Kommentar, in: Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Die beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat. Frankfurt a. M./New York: Campus, 135-167.
- Streichert, Christine 2005: Frankreich und die Entwicklungspolitik der Europäischen Union gegenüber den AKP-Staaten, Trier.
- Van der Veen, Maurits A. 2000: Ideas and Interests in Foreign Policy. The Politics of Official Development Assistance. Thesis. Harvard University. Cambridge, MA.
- Verschave 1998: La Françafrique : Le plus long scandale de la République,
- Weltbank 2000: Can Africa Claim the 21st Century? The World Bank: Washington, DC.
- Wendt, Alexander 1999: Social Theory of International Politics. Cambridge: Cambridge UP.
- Wiener, Antje 2003: Die Wende zum Dialog: Konstruktivistische Brückenstationen und ihre Zukunft, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus-Dieter/Zürn, Michael (Hg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland. Baden-Baden 2003, S. 133–153
- Wight, Martin: Why is there no International Theory. In: Butterfield, Herbert/Wight, Martin (Hg.): Diplomatic Investigations. London 1966, S. 18.